

Bezugspreis:

Vom 11.-17. November 240 Milliarden Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 11.-17. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 340 Milliarden. Für das übrige Ausland 440 Milliarden. Postbezugspreise freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Reklameweisze 0,70 Goldmark, Reklameweisze 2,20 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten freie 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 292-295 Verlag: Dönhof 2506-2507

Freitag, den 16. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Baldwin droht mit Bruch. Aufkündigung der Entente?

London, 15. November. (WTB.) Im Unterhaus erklärte Ministerpräsident Baldwin, er habe den Alliierten mitgeteilt, daß die Mitwirkung Großbritanniens nicht unbegrenzte Zeit durchgeführt werden könnte, wenn die gegenwärtige Lage andauere. Es könne schwierig sein, unbegrenzte Zeit die Bemühungen aufrechtzuerhalten, mit Alliierten zusammenzuarbeiten, die dies so schwierig machten. Baldwin erklärte im Unterhaus weiter: Die Verhandlungen mit Amerika sind durch das Vorgehen zweier unserer Verbündeten zum Scheitern gebracht worden. Die erste Pflicht der neuen Regierung wird sein, die Gesamtsituation in bezug auf die Reparationsfrage erneut zu prüfen und über die notwendigen Schritte zu entscheiden.

Das Unterhaus, das genau vor einem Jahre gewählt wurde, hält jetzt seine letzte Tagung ab. Es muß aufgelöst werden, weil die konservative Partei trotz einer erdrückenden Mehrheit mit den bisherigen Mitteln der inneren und auswärtigen Politik nicht länger regieren kann. Die Wirtschaftskrise, die sich drüben in unerminderter, eher steigender Arbeitslosigkeit ausdrückt, soll durch die Wiedereröffnung des schutzlosen Systems behoben werden, dessen Abschaffung als das traditionelle Werk der Liberalen Partei anzusehen ist. Es würde sowohl den Ueberlieferungen der englischen Politik wie auch den Empfindungen des englischen Volkes widersprechen, wenn man eine derart fundamentale Veränderung des britischen Staats- und Wirtschaftslebens ohne vorherige Befragung des Volkes vornehmen würde. So wurde es als eine Selbstverständlichkeit angesehen, als Baldwin auf dem konservativen Parteitag von Plymouth zugleich die Schutzparole ausgab und sofortige Neuwahlen ankündigte.

Indes ist sich der Ministerpräsident dessen bewußt, daß weder die Arbeitslosigkeit noch die sonstigen Krisenercheinungen der englischen Wirtschaft allein durch die Abschaffung des freihändlerischen Systems kuriert werden könnten. Er weiß, daß die liberale und die Arbeiteropposition ihm antworten werden, daß sie die Schutzzölle, falls sie überhaupt etwas nützen könnten, was sie bestreiten, die wahre Ursache der englischen Wirtschaftskatastrophe nicht beseitigen würden: nämlich den durch das Versailler Diktat und durch die tölpelhafteste Gewaltpolitik der Siegermächte seit fünf Jahren bewirkten chaotischen Zustand des europäischen Kontinents.

Deshalb hatte Baldwin in seiner Rede in Plymouth die Parolenausgabe für den neuen Wahlsfeldzug mit einer großzügig angelegten diplomatischen Aktion verbunden, die, zumindest in ihren Grundrissen, auf der Tagung der britischen Reichskonferenz festgelegt und mit der Washingtoner Regierung vereinbart worden war.

Der Plan einer internationalen Sachverständigenkonferenz war von Baldwin — wenigstens ursprünglich — als eine Art neue Friedenskonferenz zur Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen gedacht. Indessen war er so vorsichtig, angesichts der von Poincaré zu erwartenden Einwände, diesen Vorschlag dahin einzuschränken, daß England sich eventuell damit zufrieden geben würde, daß lediglich eine Konferenz im Zusammenwirken mit der bereits bestehenden Reparationskommission einberufen würde.

Trotz dieses Zugeständnisses ist bekanntlich der ganze Plan an den von Poincaré aufgetürmten Schwierigkeiten und Vorbehalten schließlich vollständig gescheitert. Und nun steht England vor der Frage, was es weiter zur Lösung des Reparationsproblems unternehmen solle — nicht Deutschland, sondern sich selbst zuliebe.

Diese Frage ist — teils im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, teils wegen des in den letzten Jahren arg mitgenommenen Prestiges des britischen Weltreiches — von entscheidender Bedeutung, auch für den neuen Wahlkampf. Die Regierung weiß, daß die Erfolglosigkeit ihrer Außenpolitik der stärkste Trumpf in der Hand ihrer Gegner ist und daß selbst in den eigenen Reihen die Hilflosigkeit zunächst Bonar Law und später Baldwins gegenüber der französischen Ruhrpolitik scharfe Kritik erfuhr. Dieses Argument, verwendet durch so routinierte, in Fragen der auswärtigen Politik so versierte Gegner wie Macdonald, Lloyd George, Asquith, Henderson, Morel usw. könnte der konservativen Partei verhängnisvoll werden, wenn sie sich nicht selbst entschlossen zeigte, einen neuen außenpolitischen Kurs einzuschlagen.

Allerdings liegt die Schwierigkeit für Baldwin als Parteiführer darin, daß in den eigenen Reihen eine zahlenmäßig nicht sehr starke, aber um so einflußreichere Gruppe, die der „Die Harbs“, für das Zusammengehen mit Frankreich durch

die und dünn eintritt. Die große Mehrheit der Konservativen dagegen, soweit ihre Ansichten in der „Times“, im „Daily Telegraph“, im „Observer“ und anderen großen Blättern zum Ausdruck kommen, hat erkannt, daß die bisherige Politik Frankreichs und ebenso ihre Duldung durch England nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt einschließlich des britischen Weltreiches verhängnisvoll ist. Es gibt endlich eine dritte Gruppe unter den Konservativen, die im „Daily Express“ ein einflussreiches Sprachrohr besitzt und die eine Lösung der Schwierigkeiten darin erblickt, daß sich England gänzlich aus den europäischen Angelegenheiten zurückziehe und seinen Handel konsequent teils mit seinen Kolonien, teils mit Nord- und Südamerikas Ausbau, sich aber im übrigen gegen die Konkurrenz der europäischen Länder mit zusammengebrochener Währung durch hohe Schutzzölle immun halte.

Diese außenpolitische Uneinigkeit im eigenen Lager dürfte der Grund sein, warum Baldwin eine klare Entscheidung bis nach den Wahlen am 5. Dezember zu verschleppen bestrebt ist. Er gibt sich wohl den Anschein der Entschlossenheit zu energischem Handeln und durchgreifenden Entscheidungen, fügt aber ausdrücklich hinzu, daß die neue Regierung, also das nach den Wahlen neu zu bildende Kabinett, an dessen Spitze er zu bleiben hofft, jene wichtigen Entschlüsse zu treffen haben wird.

Was für Entschlüsse damit gemeint sind, wird in der teils äußerst scharfen, teils äußerst verschwommenen Formel, die Baldwin gewählt hat und die wir an der Spitze des Blattes wiedergeben, nur angedeutet: aber diese Andeutung kann nicht anders verstanden werden, als eine Ankündigung des Bruches mit der Entente.

Bereits am letzten Sonntag hatte das gut informierte konservative Blatt „Observer“ behauptet, die englische Regierung erwäge einen Schritt, der mit dem Ende der Entente gleichbedeutend wäre, nämlich die Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz ohne Frankreich. Nehmliche Anspielungen hatte der „Daily Telegraph“ gemacht, der der Regierung nahesteht. Vor allem aber mußte es besonders auffallen, daß der englische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, in seiner Erklärung zu der französischen „Initiative“ betont hatte, er sei „wenigstens zurzeit noch Mitglied“ dieser Reparationskommission. Man muß sich jetzt, um die Bedeutung der gestrigen Ankündigung Baldwins richtig zu würdigen, an die felerliche Mahnung erinnern, die er in seiner Plymouther Rede an die Adresse Poincarés gerichtet hatte: Der französische Ministerpräsident möge es sich zweimal, dreimal und womöglich noch öfter überlegen, bevor er den einflussreichen amerikanischen Vorschlag ablehne. Nun hat Poincaré, wenn auch vielleicht nicht formell, so doch zweifellos in der Sache den Konferenzplan abgelehnt, und es wäre danach nur logisch, wenn Frankreich die Folgen dieser Haltung zu gewärtigen hätte.

Was bedeutet aber heutzutage praktisch der Bruch der Entente? Ist er nicht schon seit dem 5. Januar d. J., seit jenem Tage, an dem Bonar Law die Konferenz des Obersten Rates verließ und damit Poincaré freie Hand für die Ruhrbesetzung gab, zur Tatsache geworden? Und nachdem in mehr als zehn Monaten ohnmächtiger Passivität England den Franzosen bewiesen hat, daß es die Machtmittel nicht besitze oder nicht anwenden wolle, die allein geeignet wären, sie zur Abkehr von ihrer verhängnisvollen Gewaltpolitik zu bringen, ist es noch zu erwarten, daß die formelle Kündigung des Bündnisses auf Poincarés irgendeinen Eindruck machen könnte? Wird sich insbesondere dadurch irgend etwas an dem Schicksal von Rhein und Ruhr ändern? Das alles sind Fragen, die wir Deutschen in aller Rührerlichkeit aufzuwerfen verpflichtet sind, nachdem die Ereignisse der letzten drei Jahre zur Genüge bewiesen haben, daß die Uneinigkeit der Alliierten sich immer nur auf unsere Kosten ausgewirkt hat.

Allerdings bietet Frankreich verschiedene wunde Punkte, die England um so eher auszunutzen in der Lage wäre, wenn Amerika mit ihm gemeinsame Sache machen würde. Das sind vor allem Mittel finanzieller Art: Wenn die Londoner Börse, unterstützt durch New York, eine großzügige Offenstufung gegen den französischen Frank einleiten will, wenn ferner die amerikanische Regierung auf der Bezahlung der Summen besteht, die Frankreich ihr schuldet, dann wird wahrscheinlich der Hochmut des französischen Militarismus sehr bald einer pflaumenweichen Stimmung Platz machen.

Indessen hat man den Eindruck, daß die Entschlüsse der englischen Regierung noch nicht feststehen und daß zunächst das Ergebnis der Neuwahlen abgewartet werden soll. Aber in dieser für alle beteiligten Länder so überaus kritischen

und entscheidenden Periode wäre es für Frankreich ein wahres Geschenk vom Himmel, wenn Deutschland dem Chaos verfiel. Dem treibt es aber rettungslos zu, weil in der Regierung des Reiches der feste Wille fehlt, die Reichszerstörer im Westen und Süden mit allen Mitteln niederzuschlagen.

Die Rede Baldwins.

London, 15. November. (U.) Am Vorabend der Parliamentsauflösung gab Ministerpräsident Baldwin heute im Unterhaus ein Exposé seiner Politik, über die er in den allgemeinen Neuwahlen die Entscheidung dem Volke überläßt, und zwar in Erwiderung einer von Ramsay MacDonald, dem Führer der Arbeiterpartei, eingebrachten Interpellation. Baldwin begann seine Rede mit einem Ueberblick über die auswärtige Lage. Bezugnehmend auf eine Bemerkung Ramsay MacDonalds gab Baldwin seiner mit diesem übereinstimmenden Auffassung Ausdruck, daß die englische Politik heute in den auswärtigen Fragen vor allem der Geduld bedürfe. Die englische Regierung hätte über alles andere hinaus gemüht, eine schnelle Lösung des europäischen Problems herbeizuführen, aber sie habe sich dabei daran erinnern müssen, daß man den Tag des endgültigen Friedens in Europa

nicht herbeizubereuen

könne, wenn man gleichzeitig eine neue Feindschaft in Europa hervorruft. Die Schaffung einer derartigen Stimmung würde lediglich die Zeitdauer verlängern, in der eine Lösung erreicht werden könne, und deshalb sei es die Pflicht der Regierung, jeden irgend nur möglichen Versuch zu unternehmen, diese Lösung gemeinschaftlich mit allen Alliierten herbeizuführen. Am gegenwärtigen Augenblicke könne die Regierung nicht sagen, daß ihr Versuch von Erfolg gekrönt sei. Wenn man sich jedoch daran erinnere, daß selbst Lord George mit allen Hilfsmitteln seiner Geschicklichkeit und Einbruchsfähigkeit in einer so langen Zeit keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt habe, brauche man sich nicht darüber zu wundern, daß der jetzigen Regierung in einer ungleich kürzeren Zeit, ebenso wenig oder wenigstens kein besserer Erfolg beschieden gewesen sei. Die englische Regierung habe, als sie sich mit Amerika in Verbindung setzte, die Hoffnung gehabt, es werde nunmehr ein wirklicher, wirksamer und produktiver Fortschritt erzielt werden, aber es habe sich wieder wie schon so oft vorher erwiesen, daß alle ihre Bemühungen durch die Aktion zweier ihrer eigenen Verbündeten zum Scheitern gebracht worden seien. Es sei wahrlich schwer, die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Verbündeten fortzusetzen, die sie selbst so schwer machten. Er habe keine Mühe gescheut, die Verbündeten wissen zu lassen, daß der heute noch im englischen Volke vorherrschende, nach einer Zusammenarbeit mit den Verbündeten drängende Geist

sich nicht mehr lange werde aufrecht erhalten lassen.

wenn die gegenwärtige Situation noch länger andauern sollte. Wenn alle Märkte, auf denen England seine Produktion absetzen gewohnt sei, sich in normalem Zustande befänden, so brauche England heute nicht unter einer derartigen Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Veränderung dieser Märkte sei der Hauptgrund für die heutigen Zustände in England. England befände sich tatsächlich in dem Zustände eines Druckes, den es in seiner ganzen Geschichte bisher noch nie erlebt habe. Darum schlage er radikale Maßnahmen gegen diesen Zustand vor. Baldwin sprach dann von der Möglichkeit einer enormen Exporterhöhung in Deutschland, wenn dieses Land sich dem Freihandel widmen würde. In der Praxis wende sich diese Schutzlosigkeit in erster Linie gegen die Einfuhr aus Deutschland, aber es gebe auch noch andere Länder, die momentan die englische Industrie bedrohen.

Hilfe für das besetzte Gebiet!

Die Unterstufungen werden weiterbezahlt.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von dem Gesamtkredit, der dem Reiche in Höhe von 900 Millionen Mark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt worden ist, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortzahlung der Reichszulasse an die besetzten Gebiete, insbesondere der Erwerbslosenunterstützungen, bereitzustellen.

Entscheidend für den Beschluß des Reichskabinetts dürfte der Umstand gewesen sein, daß ebenso wie die Sozialdemokratische Partei zuletzt auch der Fünfteherauschuß des besetzten Gebiets gegen die geplante Sperrung der Unterstufungen Einspruch erhoben und auf die schweren Folgen hingewiesen hatte, die sich aus einer solchen unterschiedlichen Behandlung des besetzten und unbesetzten Gebiets ergeben würden.

Es ist erfreulich, daß sich das Reichskabinett schließlich doch zu der Erkenntnis Durchgerungen hat, die in diesem Beschluß zum Ausdruck kommt. Es ist bedauerlich, daß das Reichskabinett zu dieser Erkenntnis nicht ganz von selber kam, sondern erst durch den stärksten Druck der öffentlichen Meinung zu ihr gebracht werden konnte.

Der Beschluß ist grundsätzlich wichtig, weil durch ihn der geniale Plan einer „vorläufigen Preisgabe“ von Rhein und Ruhr hoffentlich doch erledigt ist. Denn wollte

man das besetzte Gebiet einfach abzuweichen lassen, dann wäre es allerdings eine Inkonsequenz, ihm eine so ansehnliche Frucht mit auf den Weg zu geben. Sinn hat also die Entscheidung des Reichskabinetts nur dann, wenn sich in ihr der feste Entschluß ausdrückt, lieber zu verbieten, als freiwillig dieses Glied vom deutschen Volkstörper abzutrennen.

Der Plan der „vorläufigen Preisgabe“ war nichts anderes als die Ausgabe der Parole: „Reite ich, wer kann!“ Rumpf-Deutschland sollte sich so gut wie möglich sanieren, das besetzte Gebiet sollte seinen eigenen Rettungsweg gehen — und dann wollte man auf das große Wunder warten, das die getrennten Teile wieder zusammenführen sollte.

Demgegenüber hat die Sozialdemokratie die Parole der nationalen Solidarität ausgegeben. Sie hat, nicht ohne Erfolg, an die Treuepflicht erinnert, die das unbesetzte Deutschland mit dem besetzten verbindet, sie hat damit den grauenhaften Plan, Hunderttausende deutscher Volksgenossen einfach dem Hungertode preiszugeben, zum Scheitern gebracht.

Die Politik der „vorläufigen Preisgabe“ ist damit vorläufig erledigt. Möge der gesunde Geist des Volks dafür sorgen, daß er endgültig erledigt sei!

Auswärtiger Ausschuss erst am Montag.

Die für Sonnabendvormittag angeordnete Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ist auf Montag nachmittags 2 Uhr vertagt worden. Diese Vertagung wurde notwendig mit Rücksicht auf die für Sonnabend vorgesehenen Beratungen des Fraktionenausschusses der besetzten Gebiete und einer Konferenz der Ministerpräsidenten. Der Reichskanzler ist an diesen Besprechungen ausschlaggebend beteiligt und könnte infolgedessen in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nicht anwesend sein. An sich erscheint es zweckmäßig, zunächst die am Dienstag eingeleiteten Besprechungen des Fraktionenausschusses am Sonnabend zu Ende zu führen und sie dann im Auswärtigen Ausschuss mit zur Erörterung zu stellen. Die für Dienstag vorgesehene Reichstags-Sitzung erfährt durch die Vertagung des Auswärtigen Ausschusses keine Veränderung.

Am Montag tritt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Besprechung der politischen Lage zusammen.

Die Lösung der Regierungskrise.

Seckt und Art. 48.

Zur Lösung der Regierungskrise entwickelt der Hugenbergsche „Tag“ folgendes Programm: Sollte nach dem Sturz der Regierung Stresemann — der nach der Meinung dieses Blattes schon in der Reichstagsitzung durch den Austritt der Demokraten bewirkt werden wird — der Versuch der Bildung eines neuen bürgerlichen Kabinetts scheitern, so werde der Reichstag nicht aufgelöst, wohl aber tatsächlich ausgeschaltet werden. Es werde ein Direktorium gebildet werden, das auf Grund Art. 48 der Verfassung die wirtschaftlichen Fragen regeln werde. Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sei inwzwisehen Sache Seckts.

Hierzu ist zu bemerken: Ob der Art. 48 überhaupt dazu gebraucht werden darf, wirtschaftliche Fragen zu regeln, ist eine stark umstrittene Frage. Unbestritten aber und unbestreitbar ist, daß keine Regierung, also auch kein „Direktorium“ verfassungsmäßig im Amt bleiben kann, wenn ihr der Reichstag das Vertrauen verweigert. Ebenso unbestritten und unbestreitbar ist, daß jede auf Grund des Art. 48 erlassene Verordnung sofort aufzuheben ist, wenn der Reichstag es verlangt.

Die vom „Tag“ propagierte Idee läßt sich also ohne Verfassungsbruch nicht durchführen — es sei denn, daß sich eine bürgerliche Reichstagsmehrheit fände, die ihm Deckung gewährte. Für das Direktorium und den General v. Seckt hätte dann eine bürgerliche Regierungsmehrheit vor

dem Volk genau dieselbe Verantwortung zu tragen, als wenn sie eine Regierung aus ihrer Mitte gebildet hätte. Dann ist aber die Bildung einer solchen Bürgerbündelregierung der einfachere und ehrlichere Weg.

Zwei Dokumente.

Rahrs Hochverrat und Treubruch.

Die Nachausgabe des „Tag“, die wieder erschienen und noch immer auf dem Wege zum Regierungskabinettsrat ist, veröffentlicht zwei Dokumente über den Staatsstreich im Bürgerbräu. Das eine beruht auf einem Interview mit General Ludendorff, das andere stammt von dem Berichterstatter der Sächsischen Presse Job Zimmermann, der Augenzeuge der Vorgänge im Bürgerbräu war und, wie er sagt, nur sechs Schritte entfernt von Rahrs Platz genommen hatte.

Was Ludendorff anbelangt, so erklärt er, Rahrs, Coslow und Selzer seien schon vor der Versammlung im Bürgerbräu zum Ausschlagen fest entschlossen gewesen, man habe sich aber noch nicht auf einen bestimmten Termin festgelegt, da man auf einige Herren aus dem Norden warten wollte. In dem berühmten „anderen“ Raum des Bürgerbräu habe Rahrs in Gegenwart Ludendorffs erklärt, er sei auf dem Wege vom Saal zum Zimmer bedroht worden und könne deshalb nicht mitmachen, weil dann seine Autorität gefährdet sei. Von einer Bedrohung im Zimmer selbst sei keine Rede gewesen. Die Hitler-Deute hätten im Gegenteil mit blühend gefalteten Händen Rahrs um einen entscheidenden Ausschlag angefleht. Darauf habe Rahrs zugestimmt und alle seien einig in freier Entscheidung vor die Menge getreten.

Ähnlich Herr Zimmermann. Er bekundet, daß nach der bekannten Proklamation Hitlers „Rahrs und Selzer sich einander minutenlang und demonstrativ die Hände schüttelten“. „Ich bin der festen Überzeugung“, so heißt es in dem Bericht weiter, „daß Rahrs am Donnerstag abend der Macht des Hitlerischen Willens, der suggestiven Wirkung des nationalsozialistischen Führers zunächst unterlag. Für alle, die gut beobachtet haben, gibt es in dieser Hinsicht keinen Zweifel. „Mit schwerem Herzen“ hat er das neue Amt „als Statthalter der Monarchie“ angenommen. Und als Hitler den „Dank der Nation“ aussprach, und ihn bei beiden Händen ergriß, blinnte der gemaltam Gewonnene mit seinen feinen, sonst unruhig spähenden Augen dem anderen so treu und fest ins Gesicht, daß jeder deutlich das Bündnis sah.“

Sowohl Ludendorff als Zimmermann stimmen mithin darin überein, daß Rahrs von Hitler zunächst überrascht wurde, daß er aber mit ganzer Seele bei der Sache war. Hinterher ist ihm dann allerdings wieder das Herz in die Hose gefallen und er alarmierte die von Reichs wegen sanktionierte Feuerwehr, um den Brand zu löschen, den er selbst entfacht hatte. Der Dessenlichkeit gegenüber half sich dieser Mann mit den treuen Augen, dem schwachen Willen und dem noch schlechter funktionierenden Gehirnapparat, mit Primanerausreden, nachdem er auf seine Bundesbrüder hatte schließen lassen. Es fällt schwer zu glauben, daß dieser Marginalist, der andauernd mit Hinweisen auf Bismarck um sich schmeißt, ohne von dem biomarkischen Geist mehr Ahnung zu haben als von dem margischen, sich noch immer als der Diktator Wagners aufspielen kann. Er gehört nicht auf einen Ministerstuhl, sondern vor dem Untersuchungsrichter.

Die Heldengestalt Ludendorffs wird nach dem oben erwähnten Interview nicht strahlender. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung legt er Wert darauf, festzustellen, daß er selbst nicht die Absicht gehabt habe, die Versammlung zu besuchen, sondern er sei plötzlich von Hitlers Vertrauten im Auto abgeholt und während der Fahrt orientiert worden. Also genau so wie beim Rapp-Putsch! Weiter erklärt er, daß durch den Staatsstreich die Macht des Staates tatsächlich in Rahrs Hände übergegangen und „eine legale Regierung gebildet“ worden sei. Von dem Umfall Rahrs sei er „von keiner Seite benachteiligt“ worden. Ludendorff will demnach wieder einmal der überrumpelte und hintergangene Unschuldengel gewesen sein.

So bezüglich der eine den anderen und keiner kann sich in Reinschuldungsversuchen genug tun. Selbst Königsthronen müssen vor

soviel Mannesmut erzittern. Und das alles marschiert mit großem Maulschneisen unter der Devise des Befreiungskampfs! In der Tat, der Befreiungskampf ist nötig. Es kann keine Gesundung der Verhältnisse und keine Erstarkung des Reiches nach innen und außen geben, ehe es nicht eine Gesellschaft abgeschaltet hat, die zu dumm ist, um die Tragweite ihrer eigenen Handlungen zu übersehen und zu feige, um sie hinterher zu verantworten.

Läßt sich der bayerische Landtag ausschalten?

Der Keltienauschuss des bayerischen Landtages hat sich am Donnerstag mit dem Antrag der Sozialdemokraten und der Demokraten, auf Einberufung des Landtages beschäftigt. Nach Artikel 80 der Bayerischen Verfassung kann eine außerordentliche Sitzung durch den Antrag von fünfzig Abgeordneten herbeigeführt werden. Die Koalitionsparteien machten Bedenken über die gegenwärtige ungewisse Lage geltend, so daß der Präsident anregte, eine Entscheidung bis kommenden Dienstag zu vertagen. In der Voraussetzung, daß die Demokraten nicht wieder, wie vor 14 Tagen, ihrem Beschluß untreu werden, ist also damit zu rechnen, daß der Landtag spätestens am Dienstag, den 27. November, zusammentritt.

Die Heimkehr des Exkronprinzen.

Beratung der Votschastkonferenz.

Paris, 15. November. (Eca.) In der Votschastkonferenz schlug der Vertreter Frankreichs (Boimarc) vor, von Deutschland zu verlangen, daß der Exkronprinz ausgeliefert oder von Deutschland auf Lebenszeit verbannt werde. Der Vertreter Englands schloß sich dem nicht an, sondern erklärte, ohne den französischen Vorschlag direkt abzulehnen, daß man dann auch für alle ehemaligen deutschen Fürsten das gleiche verlangen müßte, was zu bedeutenden juristischen Schwierigkeiten führen würde. Auf französische Anregung erklärte sich der Vertreter Englands einverstanden damit, daß die Fragen Exkronprinz und Militärkontrolle gemeinsam behandelt werden. Der weitere Vorschlag Frankreichs, in einer gemeinsamen Note Deutschland schwere Sanktionen anzudrohen, fand keine Zustimmung. Die Sitzung endigte damit, daß auf französischen Vorschlag beschlossen wurde, über die Verhandlung an die einzelnen Regierungen zu berichten und in der nächsten Sitzung weiterzubereiten.

Eine Erklärung Benesch's.

Paris, 15. November. (Eigener Drohbericht.) Auf eine Interpellation über die Rückkehr des Exkronprinzen nach Deutschland erklärte Außenminister Dr. Benesch im Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses: „Ebenso wie die Habsburger-Frage keine innenpolitische Frage Ungarns oder Oesterreichs ist und nicht sein wird, ebensowenig ist und wird die Hohenzollern-Frage eine innere Frage Deutschlands sein. Diesen Standpunkt nehmen alle Staaten ein, die den Friedensvertrag unterschrieben haben, er ist auch der Standpunkt der Tschekoslowakei.“ Ferner sagte Dr. Benesch, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, daß es sich nicht um militärische Maßnahmen der Tschekoslowakischen Republik handle; wenn irgendein Hitler-Putsch eine innenpolitische Frage Deutschlands sei — die Hohenzollern-Frage sei es in keinem Fall.

Stresemann läßt versichern . . .

Paris, 13. November. (Eca.) Der deutsche Geschäftsträger in Frankreich hat heute der französischen Regierung mitgeteilt, die deutsche Regierung stehe dafür ein, daß die Anwesenheit des früheren Kronprinzen in Deutschland keine Unruhen hervorrufen werde; der Geschäftsträger hat gleichzeitig die Nachricht von einer bevorstehenden Rückkehr des Kaisers nach Deutschland demittiert.

Genossenschaften und Gewerbesteuer.

Der Ständige Ausschuss beschloß am Donnerstag entsprechend einem sozialistischen Antrag, die Genossenschaften (Konsumvereine) von der Gewerbesteuer zu befreien. Die Annahme dieses Antrags war nur deshalb möglich, weil zwei Zentrumsvorredner dafür stimmten, zwei weitere Zentrumsvorredner sich der Stimme enthielten und zwei Deutschnationale fehten.

Die Frau als Musikant.

Konzertmitschau von Kurt Singer.

In trügen Musiktagen meidet sich eine Sensation an: die dirigierende Frau. Eva Brunelli heißt sie und empfiehlt sich durch die Anzeige, daß sie in aller Welt schon Proben ihres Könnens abgelegt hat. Ein seltener Fall, vielleicht heute noch einzig (neben der hervorragenden Chorleiterin Margarethe Dessoff). Eine groß gewachsene, schlanke, blonde Frau mit wachsender Kassen, feinen Händen — das ist zweifellos ein aug-erquickender Anblick. Doch suchen wir das im Gesellschaftsraum, nicht auf dem Podium der Bühlarmonie. Hier fragen wir ohne Galanterie nach der Leistung. Um es gleich zu sagen: sie ist erstaunlich gering, auffallend monoton und von verzweifelter Eindringlichkeit. Eine Frau schwingt leise, aber doch mit dem Willen, zu führen, den Stab über 60 männlichen Musikantenköpfen. Diese Männer brechen über der Dirigentin den Stab in dem Augenblick, wo sie sich wirklich lösen, sich wirklich führen lassen. Das Weib in diesem Dirigenten, denkt man, muß es leicht haben, durch Mimik und Gestik aus Instrumenten zu zaubern. Tscholowsky's „Ballett“ enthält dessen Überzeugung. In breiten, allzubreiten Zeilmäßen zerfließt das Melos in unheimlichem Tongefolge. Oder sie müßte tanzen können, selbst noch im Fünftakt. Nicht doch: Eva Brunelli hat eine schwere Hand, die links fortgesetzt in der Spiegelbewegung der rechten, sie hat die Grazie ihres Geschlechts mit der Korrektheit vertauscht, die sich in der Partitur nie versteht, dafür aber menschlich nur noch als lebendes Retronom imponiert. Das seltsame, klingendste, singendste Instrument, die Geige, läßt sie einen ganzen Abend lang links liegen, ihr Interesse schenkt den Bläsern, denen sie wenigstens Spielanweisungen macht. Erst im Adagio lamentoso wendet sie sich etwas mit eigener Sinn für getragenes, weiches, welches Melos. Ist das spezifisch weiblich, dieses trübenfäulende, hingebungslos Musikfrieren, dieses Wlügen in Schmerz, so ist der Bereich der dirigierenden Frau klein. Hat sie weitere Gebiete eigener Befehlsmacht, so fürchte ich, muß sie sich verlassen und das darstellen, was Männer vor ihr kluglich und inbafflich umrissen haben. So betrügt sie sich selber oder betrügt uns. Daß auch die Leistung eines Dirigenten zur Domäne der viastrebigen Frau gehören könnte: Eva Brunelli hat dafür den Beweis nicht erbracht.

Soll eine Frau lernen, das der männlichen Stimme nahe- stehende, männliche Kraft und Leidenschaft preisende Violoncello zu meistern? Unter hundert reifen Geislingen ist kaum eine Berufene. Weist sich zu illustren Namen, wie Harrison, Bofor, Stolz auf einmal der Name Ursula Hildebrandt gesellen? Ich wage ihr das künstlerische Horoskop günstig zu stellen, wenn sie aus der Güte ihrer Technik durch eisernen Fleiß in jene Höhe hinausstrebt, in der es keine schrillen, unbedeutenden Töne mehr gibt, und in der das Hand- wertliche zur selbstverständlichen Nebenlage herabsinkt. Das junge Mädchen hat viel Talent, hat musikalisch-gefundes Empfinden und auf einem edlen Instrument auch die Fähigkeit, edligen Ton zu ziehen. Doch ist er ungleich, gerade auf der A-Seite nicht immer fällig, das Bassgeräusch ist sauber und gekonnt, doch noch nicht kristalldurchsichtig. Am schönsten sang sie das Boccherini-Adagio. Hier war jugendliche Inbrunst zu musikalischem Ausdruck geworden.

Wer aber riet zu der bärbeligen, großschlächigen, paplernen Bohne-Sonate op. 13? Das ist Gläubigstadium, bei dessen öffentlichem Vortrag einem ein Kropf wachsen kann! Wegschneiden und vergessen! Bei Brahms' op. 99 lebte die junge Künstlerin und der Hörer wieder auf.

Größartig und in einem geradezu aufrüttelnden Tempo die- gerte Leo Blech Stücke aus Wagner'schen Musikdramen (Meister- sänger, Walküre), wobei ihn mit höchstem künstlerischen Selbigen unsere Staatsopernheldin Frida Leider und der stolze, jugend- lich helle Tenor Lauritz Melchior unterstützten.

Zuletzt das Liefe. Und natürlich ein Mann. Neben Blech, dem eisernen Rhythmisier, nimmt sich Furtwängler aus wie ein harsender, spalmobierender Sänger. Er ist geladen mit Melodie und stößt doch gleichzeitig die Saiten des Drehsiers mit männlichem Stolz und wachsender Größe. In dieser Doppelseitigkeit des musika- lischen Profis, in der Verbindung vom Weib und Mann in seiner Seele liegt seine Einzigkeit. Sie achte im Angestum eines Allegro- Cokes (Brahms 1. Sinfonie) noch auf den schönen Klang und gibt dem Kur-Gelänglichen jene Herbitz, die Brahms eigentlich ist. Als Rostität bringt er mit sachlicher, vielleicht auch von innerer Beteiligung ditiertier Anteilnahme „Geichte“ von Bernhard Selles, kurze Impressionen eines freundschaftlichen Mannes und instrumentalen Ränners, wichtig, tollt, wie einer an erotischen Stoffen erlernten Ausnutzung des Schlagzeugs. Die mehr als ein delikates und immer geschmackvolles Spiel mit den Instrumenten soll es kaum sein, größere Gedanken fehlen, auch mitteltiefe hutschen als nette Klang-Einfälle rasch vorbei. Dem Geiger Joseph Szigeti schenkte nur ein aus Geiger größten Stils: Der sollte, weithallende, belebte Ton. Artistisch ist er ein Meister, der seine Bravour bei Mozart und Corelli zeigt. Doch liegt ihm sicher das Virtuosenkonzert näher, und beide Werke (D-Dur Mozart, F-Dur Corelli) genießen sich liebevoller im kleinen Raum. Man möchte von ihm Paganini, Ernst, Beiztempo oder Tscholowsky hören. Immerhin fand sich sein langarmblut höchst respektvoll selbst mit einem sehr gemäßigten Tempo eines Mozartschen Rondo ab, und das Publikum erwies ihm Zeichen höchster Sympathie.

Noch stärker waren solche Kundgebungen bei Bruno Walter, der das zweite Konzert der Staatsoperkapelle vor einem gar nicht mehr spieherhaften Publikum leitete. Erstaunlich, wie sich das Parfett seit Abendroths Abgang gewandelt hat. Diesmal kann man nur wieder sagen: Walter ist ein unerschütterlicher, überragender Kapellmeister, wenn er nicht wie jüngst, an ein ihm ganz fremdes Wert gerät (Händels „Samson“). Die erste Mosler-Symphonie aber zeichnet keiner so plastisch noch mit all ihren gesunden, gelungenen Burschenheiten, mit aller quellenden Naturgabe und auch aller Trunkenheit an Melodie. Die Bläse manches Details, besonders im ersten Satz, weicht dem Stutten der Ueberzeugung. Ein Jubel, fest- zustellen, zu hören, wie ein moderner Ton in die Seelen der Staats- opermusikanten dringt und aus ihren Instrumenten gedämpft heraus- klingt. Zwanzig Jahre zu spät; auch dieser Geniemur Mahlers ist schon von gestern. Aber ein Fest immerhin.

Die Schwarz-Weiß-Ausstellung der Akademie der Künste wird nur noch bis einschließlich Sonntag, den 18., nachmittags geöffnet sein. Die Buchhändler-Schlüsselzahl beträgt vom 16. ab 600 Milliarden.

Goldmarkgehälter in der Metallindustrie.

Ein Vorschlag zur Vereinfachung.

Die Angestellten erhalten Abzugszahlungen an jedem zweiten Tage. Die Höhe derselben wird errechnet aus dem vierfachen Brotpreis am Auszahlungstage, addiert mit der Länge der Erdochse bei einem Barometerzustande von Minus 0,703 zwischen 71,02 Grad nördlicher Breite und 14,72 östlicher Länge und dem Durchschritt der Luftfeuchtigkeit nach einem Landregen auf den Kanarischen Inseln mit einem Niederschlag von 2,701 engl. 11 pro Minute. Die so errechnete Zahl, bei welcher man das Komma um zwei Stellen nach rechts verrückt und die erste Zahl nach dem Komma multipliziert mit dem Durchschnittsalter, welches von 21743 Ein- sendern (216 Einwendungen waren ungültig) unter der Abonnement- zahl der „Berliner Morgenpost“ auf deren Preisfrage „Wie alt ist Hugo?“ in der Abendausgabe vom 1. April 1923 bis zum 14. August 1923 mittags 12 Uhr errechnet war, ergibt in der Quadratwurzel die Grundzahl, welche, dividiert mit der Länge, um die sich eine Eisenbahnstrecke Normalprofil 76 (S 1921 der Preuß. Staatseisenbahnen) von 24 Meter Länge bei einer Erwärmung von 72 Grad K. ausdehnt, die Formel festsetzt, mit der das übrige spielend festzustellen ist.

Die so errechneten Beträge werden pünktlich ausgezahlt, vorausgesetzt, daß technische Schwierigkeiten nicht eintreten. Dr. Waldschmidt.

Abnahme der Bevölkerungsvermehrung um die Hälfte? Ein Rückgang der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung auf die Hälfte ist das Ergebnis der jetzt vorliegenden Berechnung des Geburtenüberschusses und der Sterblichkeit vom 1. Viertel d. J. im Deutschen Reich. Auf das Jahr berechnet, würde er kaum 400 000 ausmachen gegenüber rund 800 000 vor dem Kriege. Berlin hatte im 1. Viertel d. J. sogar einen Ueberschuß der Sterbefälle um 3355. Hamburg hatte nur noch einen geringen Geburtenüberschuß von etwa 450 Personen. Gebiete, wie Oberschlesien, Pommern, Westfalen, Bayern, Oldenburg zeichneten sich früher durch einen verhältnismäßig großen Ueberschuß an Geburten aus. Auch sie weisen einen nicht unerheblichen Rückgang des natürlichen Wachstums der Bevölkerung auf. Der Geburtenüberschuß hatte im ganzen Reich im 1. Viertel 1922 102 065 betragen, im 1. Viertel 1923 nur noch 98 884. Dabei war die Sterblichkeit sogar etwas zurückgegangen, von 13,5 auf 17,3 von je 1000 Einwohnern, während der Geburtenüberschuß von 7,1 auf 6,5 zurückging.

Ein Richard Dehmel-Morgenessen veranlaßt die Volksbühne am Sonntag, den 18., vormittags 11 Uhr, im Theater am Bülow- platz. Die Gedendebte hält Julius Bab. Eines Hiden singt Dehmels Lieber, Ernst Legal vom Staatstheater regiziert. Außerdem wird der Sprecher für die proletarischen Feier- kunden mit.

Der Männer-Gesangsverein „Namenlos“ (M. d. V. U. S. V.) veranstaltet am 21. (Duhlag), nachmittags 4 Uhr, ein Herbstkonzert im Saalbau Friedrichshain (am Rönigstor). Mitwirkende: Berliner Vokal-Zergelt (Warg, Strunz-Wagner, Sopran; Käte Kuch, Mezzosopran; Eilshelm Böhm, Alt).

Am Großen Schauspielhaus wird „Der Zigeunerbaron“ von Johann Strauß vordereitet. Die Premiere findet am 20. Novbr. statt.

Freie Bahn dem Profit!

Verherrern gegen Gemeinwirtschaft.

Man kann nicht sagen, daß die Schwerindustrie in ihrem Bestreben, ungeachtet aller nationalen Interessen für sich volle Handlungsfreiheit zu erreichen, Jichtakturle macht. Man geht geradeswegs auf das Ziel los. Nachdem man mit Hilfe der Entente den Achtfundentag im Kohlenbergbau zu befeitigen versucht hat, nachdem man die Stilllegung der Kohlenbergwerke beschlossen hat, während man gleichzeitig eine rheinische Goldnotenbank vorbereitet, hat man es jetzt auf die Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau abgesehen.

Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben nämlich die folgende Entschliessung gefaßt:

„Deutschlands Wirtschaftsleben muß von allem unnützen Ballast befreit werden, insbesondere müssen Organisationen, die nicht imstande sind, die Gütererzeugung und -verteilung zu fördern, verschwinden. Das deutsche Wirtschaftsleben, vertreten durch Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, ersucht daher die Reichsregierung in einem Zeitpunkt, in dem von den Bergleuten zur Verbilligung der deutschen Kohle Mehrarbeit erwartet wird, um sofortige Aufhebung des Reichskohlenkommissariats und des Gesetzes vom 23. März 1919 über die Kohlenzwangswirtschaft.“

Dazu ist zu bemerken: Das Reichskohlenkommissariat befindet sich bereits im Abbau und soll nach der Absicht der Reichsregierung lediglich als eine Art Kontrollbehörde unter starker Einschränkung seines Apparates weiter bestehen. Das Gesetz über die Kohlenzwangswirtschaft, das in Wirklichkeit das Gesetz über die Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau ist, sichert den Arbeitnehmern und Verbrauchern die Mitbestimmung bei der Preisfestsetzung und die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft bei der Behandlung wichtiger Fragen im Kohlenbergbau. Von den Hemmungen, die dieses Gesetz auferlegt, will man sich nun ganz frei machen und dazu soll der Protest dienen.

Rur hat man sich in der Begründung etwas vergriffen. Wenn nämlich „Organisationen, die nicht imstande sind, die Gütererzeugung und -verteilung zu fördern,“ verschwinden sollen, so müßten zunächst die Organe der großen Trusts beseitigt werden, die Werkzeuge der Stinnes, Thyssen, Klotzner usw., die nach ihrem eigenen Eingeständnis außerstande sind, die Produktion in der Ruhr und anderwärts auch nur aufrecht zu erhalten, und die in allen sozialen, wirtschaftlichen und steuerlichen Bestimmungen sofort einen Anlaß sehen, zu erklären, daß man dann nicht weiter produzieren könne. Sollte nicht eher an diesen Organen etwas oberfaul sein?

Die Dauer der Arbeitslosenunterstützung.

Ueber die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung sind auf Veranlassung des preussischen Wohlfahrtsministers neue Richtlinien erschienen. Hiernach wird eine Beschränkung der Fürsorgehöchstdauer auf 18 Wochen bis auf weiteres nur für ledige landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Hausangestellte angeordnet, soweit nicht die örtlichen Verhältnisse etwas anderes bedingen. Die normale Fürsorgehöchstdauer beträgt 26 Wochen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird es sich jedoch nicht vermeiden lassen, daß in größerem Umfange, also auch für ganze Berufsgruppen, Verlängerungen der Fürsorge über 26 Wochen hinaus gewährt wird. Erhöhte Rücksicht auf die Notlage ihres Berufs ist geboten bei den Erwerbslosen folgender Berufsgruppen: Spinnstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie, Lederindustrie, ferner bei Technikern aller Art, Buchdruckern (einschließlich der Schriftsetzer), Buchbindern und Angehörigen berufsverwandter Gewerbe, Labdarbeiten und Zigarrenmachern. Eine Fürsorgehöchstdauer von 30 Wochen soll aber auch hier grundsätzlich nicht überschritten werden. Sofern bei weiteren Berufsgruppen die Verlängerung der Fürsorge über 26 Wochen hinaus für geboten gehalten wird, ist von Fall zu Fall die Genehmigung des Wohlfahrtsministers einzuholen.

Auch ein Ausgleich.

Breslau, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Militärbefehlshaber Generalleutnant Halle hat unter Breslauer Parteiblat „Volkswacht für Schlesien“ heute auf die Dauer von drei Tagen verboten. Ansch zu dem Verbot gibt eine Deklaration, die einen demonstrativen Parademarsch der Reichswehr, wie er seit der Revolution in Breslau nicht mehr ausgeführt worden war, zu einer „No-wieder-Kriegs-Propaganda“ benützt, ohne dabei ein einziges verletzendes Wort gegen die Reichswehr zu enthalten. Schon in voriger Woche waren mehrere kleinere sächsische Parteiblätter vom Militärbefehlshaber verboten worden. Das letzte Verbot soll offenbar einen politischen Ausgleich für das wegen offener Gewaltandrohung erfolgte Verbot der rechtsradikalen „Schlesischen Tagespost“ darstellen.

Der Kampf ums Brot.

W.B. meldet: Die gestrige Verdoppelung des Dollarkurses hatte zahlreiche Bäckermeister veranlaßt, den Brotpreis beträchtlich zu erhöhen. Es kam infolgedessen zu erregten Szenen und vielfach drohte die Wenge, die Bäden zu stürmen. Das Ueberfallkommando der Polizei wurde allein nachmittags nach dreißig erschledenen Bäckereien alarmiert. In einigen Bäden mußte die Polizei das Brot verkaufen, da die Bäcker sich weigerten, von dem erhöhten Preise abzugeben. In einigen Stellen kam es zu Zusammenrottungen, doch ist es dank dem schnellen Eingreifen der Polizei nicht zu Unruhen gekommen. Etwa 200 Personen versuchten nachmittags in die Bäckerei von Dühring, Immanuelstr. 10, einzudringen, doch konnte die Polizei noch rechtzeitig hindernd eingreifen. Mehrere Unruhmäher fanden statt vor dem Lebensmittelgeschäft von Wesse, Berliner Straße 121 in Tempelhof, vor der Bäckerei von Rüder, Rathborst. 17, und Pankow, Admiralsstraße 30.

Plünderungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 18. November. (W.B.) Die Plünderungen in der Stadt, die bereits gestern einsetzten, wurden heute fortgesetzt. Die Erwerbslosen mißhandeln nunmehr auch die Familienangehörigen der Polizei, wenn sie auf der Straße erkennen. Auch proletarische Hundstscharen haben sich gebildet.

Die Stellung des Reichswährungskommissars. In der Öffentlichkeit war man sich bisher über die Stellung des Reichswährungskommissars im Rahmen der Reichsbehörden nicht recht klar. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erzählt, ist Dr. Schacht dem Reichsfinanzminister in gewisser Weise gleichgestellt. Er ist Mitglied des Kabinetts. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichswährungskommissar und den Beamten des Reichsfinanzministeriums bzw. dem Reichsfinanzminister selbst, hat der erstere das Recht, eine Entscheidung des Kabinetts zu verlangen.

Protest der Berliner Gewerkschaften.

Abbruch des Buchdruckerstreiks.

Die Militärbehörde hat Streiks von Arbeitnehmern verboten! Dies ist ein brutaler Eingriff in das Koalitionsrecht zugunsten des um seinen Profit besorgten Unternehmertums. Diese einseitige Parteilichkeit der Militärbehörde ist noch überboten worden durch die Verhaftung von Organisationsleitern und Funktionären.

Die ortslichen Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften Berlins erheben offenkundigen Protest gegen die unmilitärische Willkür. Sie sind hierzu um so mehr berechtigt, als diese Gewaltmaßnahmen sich gegen diejenigen Volkskreise richten, die treueste Stützen der Republik und der Verfassung sind, während gegen die deutschösterreichischen Hochverräter eine Rücksicht geübt wird, die ihren Kampf gegen die Republik und gegen die Reichseinheit geradezu fördert.

Wir warnen die militärischen Gewalttäter, die arbeitende Bevölkerung Berlins weiterhin durch solche Angriffe auf die gewerkschaftlichen Grundrechte zu verletzen.

Von den proletarischen Parteien in den Parlamenten erwarten wir, daß sie dieser die Arbeiterklasse bedrohenden Politik rücksichtslos entgegenreten.

Die Ausschüsse

der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Groß-Berlins: Sabath, Flatau, Bemsow, Beezer, Rothe, Andresen, Ballor, Hoffmann, Rücker, Lehmann, Reichelt, Boese, Ziska, Publiß, Petersdorf, Krause, Koepke, Saar, Jäger, Polenske, Drimann, Bernotat, Siegle, Sprung, Link, Friede.

Der Buchdruckerstreik und die Gewerkschaften

Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des AFD-Ortsartells beschäftigte sich gestern Abend mit der folgenschweren Situation, die durch das Eingreifen der Militärbehörden in den Buchdruckerstreik erzeugt worden ist. Sabath gab einleitend die Maßnahmen des Ausschusses bekannt. Gegen die Verhaftung der Gewerkschaftsleiter und der Streikenden ist schärfster Protest gemeinsam mit dem AFD erhoben worden. In der gestrigen Ausschusssitzung kam die Nachricht von der Verhaftung der Leiter des Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes, Genosse Graßmann vom AFD, ist daraufhin sofort beim Reichsanwalt vorstellig geworden. Sabath betonte, daß das Vorgehen der Militärbehörde einen so starken Eingriff in die Grundrechte der Gewerkschaften und der Arbeiter überhaupt bedeute, daß dagegen energischer Protest erhoben werden muß. Der Ausschuss wird nach Beendigung der Plenarversammlung sofort zu den gegebenen Beschlüssen zusammentreten.

Von den Kommunisten wurde in der Aussprache schärfster Vorwurf gegen die Verordnungen und Befehle des Militärbehörden verlangt. Es müsse sofort zum Generalstreik aufgerufen werden. Seht oder nie sei der Entscheidungstempel zu fassen. Drimann, Bevollmächtigter des Verkehrsverbandes, erklärte dagegen, daß die Arbeiterschaft keine Veranlassung hat, in diesem Augenblick in einen Lohnkampf einzugreifen. Unter Protest gilt den das Streikrecht bedrohenden Anordnungen des Militärs. Aber ein Kampf, beschränkt auf Berlin, kann keinen durchschlagenden Erfolg haben. Deshalb müsse der AFD als Vertreter der gesamt-

ten deutschen Arbeiterschaft in Verbindung mit den politischen Parteien die gegebenen und geeigneten Maßnahmen vorbereiten und wenn möglich beschließen. Die Genossen Rücker und Ziska erklärten als verantwortliche Gewerkschaftsleiter die Ausschüsse eines Generalstreiks. Ziska gab insbesondere zu erörtern, in welcher Richtung die Bevölkerung ganz allgemein gegenwärtig befindet, eine Notlage, die für den Ausgang des Kampfes von entscheidender Bedeutung sein kann. Das sorgfältige Aushalten nach dem Generalstreik bei dieser Welle an Wirkung und Schärfe genommen. Wenn man geschickliche Experimente machen will, treibt man Klassenpolitik, der kein verantwortlicher Gewerkschaftsführer zustimmen kann.

Im weiteren Verlauf der Debatte warnten die Vertreter der maßgebendsten Berliner Gewerkschaften vor Beschlüssen, deren Konsequenzen nicht abzusehen sind. Für die Eisenbahner gab Beezer u. a. die Erklärung ab, daß sich die Eisenbahner an jedem Kampfe beteiligen würden, für den die organisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sind. Diese Voraussetzungen bestehen gegenwärtig nicht. Sabath teilte mit, daß der Reichsarbeitsminister dem Genossen Graßmann verhaftet hat, General v. Seekt habe die Rückgängigmachung der angeordneten Verhaftungen nach heute in Aussicht gestellt. Nach weiteren Mitteilungen der Vertreter der Organisationen der graphischen Gewerbe über den Stand des Buchdruckerstreiks wird schließlich die Debatte abgebrochen. Der Antrag, heute mittag in den Generalstreik zu treten, wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Gestern vormittag fanden im Reichsarbeitsministerium abermals zentrale Verhandlungen statt, in denen über die Rechtsverbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts für das ganze Reich verhandelt werden sollte. Die Gehilfenvertreter Braun und Bloch konnten an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen, weil sie sich noch in Schutzhaft befinden. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer lehnten es ab, gemeinsam zu verhandeln, so daß sich der Vertreter des Reichsarbeitsministers genötigt sah, mit jeder Partei besonders zu konferieren. Der AFD und die Ortsvorstände forderten auch gestern wiederholt die Freilassung der Inhaftierten. Die graphischen Organisationen suchten beim Beiratskommando die Freigabe der für nachmittag nach den Kammerjäten einberufenen Funktionärenversammlung zu erwirken. Beides wurde von den Militärbehörden aber abgelehnt. Dadurch konnte die Funktionärenversammlung nicht den Bericht über die am Vermittlung stattgefundenen Verhandlungen entgegennehmen. Die ohnehin gereizte Stimmung der graphischen Arbeiterschaft wurde bis zur Empörung gesteigert.

Die Ortsvorstände der graphischen Organisationen haben nach eingehender Erörterung der durch den Eingriff der Militärbehörde geschaffenen Situation und in Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Rückgängigmachung der Verhaftungen und der weiteren zentralen Verhandlungen über die Festlegung der Löhne beschlossen, den Abbruch des Streiks zu empfehlen.

Die Obleute der Betriebe haben sich heute zwischen 9 und 10 Uhr vormittags in den Organisationsbüros einzufinden, um weitere Verhandlungsmöglichkeiten entgegenzunehmen. Die Besessenen versammelten sich um 11 Uhr in ihren Treffpunkten, soweit sie nicht bereits einen anderen Zeitpunkt vereinbart haben.

Wirtschaft

Rentenbank und Reichsregierung.

Der Reichsanwalt empfing gestern den Verwaltungsrat und den Vorstand der Deutschen Rentenbank. Führer des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft nahmen an dem Empfang teil.

Aus dem Kreise des Verwaltungsrats

wurde darauf hingewiesen, daß nur ein wertbeständiges Zahlungsmittel die Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft sein könne. Dieses Zahlungsmittel müsse aber dem Vertrauen des gesamten Volkes entgegenkommen, und dieses Vertrauen könne nur geschaffen werden durch die unbedingte Zuversicht, daß die Reichsregierung und alle nachgeordneten Stellen mit größtem Nachdruck die Maßnahmen bekämpfen würden, die bisher eine Gesundung der Währung verhindert hätten. Dazu sei vor allen Dingen eine auswärtige Politik notwendig, die der stark herabgeminderten deutschen Wirtschaftskraft entspreche, ferner die Ausbalanzierung des Reichshaushaltes, wobei unter Hintansetzung aller Parteirücksichten auf eine unbedingte Sparsamkeit gedrungen werden müsse. Notwendig sei ferner der Abbau des Beamtenapparates, die Befestigung aller produktionshindernden Steuern, und statt dessen Einführung weniger, verständlicher und einträglicher Steuern, die Verfestigung der Finanzen der Länder und Gemeinden unter Oberaufsicht des Reiches, aber unter deren eigener Verantwortung, die Loslösung der Reichsbetriebe aus dem allgemeinen Etat. Die Voraussetzung für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels sei im übrigen die Aktivering der Zahlungsbilanz, die nur durch Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne. Deshalb müsse die deutsche Produktion wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. In diesem Zusammenhang sei die Aenderung des Arbeitszeitgesetzes und die Befreiung von den Tarifverträgen zu fordern. Eine vollständige Umstellung der Erwerbslosenunterstützung werde sowohl der Wirtschaft als der Entlastung des Reichshaushaltes zugute kommen. Nur unter der Voraussetzung, daß diese Forderungen erfüllt werden, würde nach Ansicht des Verwaltungsrats der Rentenbank die Rentenbank Vertrauen im Volke gewinnen und erhalten können, wobei mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß die Schaffung der Rentenbank eine schwere Belastung des Bestandes darstelle und das letzte Mittel bedeute, um zu einer Gesundung von Währung und Wirtschaft zu gelangen. Die Kredite, welche dem Reich zur Einlösung der Schatzanweisungen und zur Ausbalanzierung des Etats in Höhe von 1200 Millionen Mark gegeben seien, stellten das Neueste dar, was nach der geltenden Verordnung zur Verfügung stehe. Die Reichsregierung müsse sich unter allen Umständen darauf einstellen, mit diesen Mitteln auszukommen.

Der Reichsanwalt erklärte zu den wesentlichen Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrats seine Zustimmung und betonte insbesondere, daß die Reichsregierung sich auf alle Fälle innerhalb der durch die Verordnung geschaffenen Grenzen für die Befreiung und die Kredite halten werde. Bereits in den nächsten Tagen würden Maßnahmen veröffentlicht werden, die einen Teil der vorgetragenen Wünsche der Erfüllung näherbrächten.

Rentenmark und Devisen.

In der nächsten Nummer des „Reichsanzeigers“ erscheint eine Verordnung über Ausdehnung der Devisengesetzgebung auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Reichsgeld.

Im Artikel I werden die für Reichsmark geltenden Bestimmungen der Valutaspekulationsverordnung auf Rentenmark wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) und auf mit Genehmigung des Reichsfinanzministers ausgegebenes wertbeständiges Reichsgeld ausgedehnt.

Danach unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Reichsgeld den gleichen Beschränkungen wie der Erwerb gegen Reichsmark. Ferner ist die Befreiung ausländischer Geldsorten mit Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständigem Reichsgeld verboten und die Befreiung ausländischer Devisen mit solchen ausländischen Zahlungsmitteln meldepflichtig. Auch dürfen einer Person oder Personengemeinschaft, die im Inlande weder Wohnsitz oder Sitz hat, auf Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Reichsgeld lautende Kredite nur mit Zustimmung der Reichsbank eingeräumt werden. Endlich erstreckt sich die Ermächtigung der Reichsregierung, Vorschriften über die Wiedergabe von Quittungen in Reichsmark und Ueberweisungen und Auszahlungen von Reichsmarkbeträgen zu erlassen, auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Reichsgeld. Die gleiche Ausdehnung erfahren die Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung.

Im Artikel II wird das Markverkaufsverbot auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Reichsgeld ausgedehnt. Es ist also verboten, Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Reichsgeld mittelbar oder unmittelbar an einen im Auslande ansässigen Inländer oder Ausländer zu verkaufen oder zur Verfügung zu stellen, soweit die Beträge den Gegenwert von 10 englischen Pfund im Einzelfalle überschreiten. Unter Beträgen sind Geldsorten, Papiergeld, Banknoten und dergleichen Anleihe, Zwischenscheine, Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel zu verstehen. Die Ausnahmen vom Markverkaufsverbot in den §§ 2 und 3 der Ausführungsbestimmungen vom 17. August und 2. November 1923 (Reichsgesetzblatt I, S. 830, 1072) gelten auch für Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständigem Reichsgeld, die einem im Auslande ansässigen Inländer oder Ausländer zur Verfügung gestellt werden.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im „Reichsanzeiger“ in Kraft.

Die Rentenmark im besetzten Gebiet. Die Frage der Einführung der Rentenmark im besetzten Gebiet konnte bisher noch nicht geklärt werden. Mit der Rheinlandkommission war eine Verständigung in dieser Frage nicht möglich, weil durch die Aenderung des Staatsvertrages für die besetzten Gebiete keine Möglichkeit zu Verhandlungen bestand. Der englische und der belgische Vertreter in der Rheinlandkommission sind einer Korrespondenz zufolge von ihren Regierungen beauftragt, für die Zulassung der Rentenmark im besetzten Gebiet zu stimmen.

Reichswirtschaftsrat gegen Goldhöchstpreise. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates lehnte einen Antrag der Arbeitnehmer ab, Goldhöchstpreise für Gegenstände des notwendigen Bedarfs auf Grund zentraler Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums festzusetzen und die Händler zu verpflichten, die Preise aller Waren in den Schaufenstern und den Geschäftsfenstern klar und übersichtlich auszuzeichnen. Angenommen wurde ein Antrag, das Reichsverkehrsministerium zu veranlassen, den Preis für Arbeiterzufahrtkarten mit sofortiger Wirkung bedeutend herabzusetzen und die neuen wertbeständigen Zahlungsmittel auch den breiten Massen der Bevölkerung sogleich in größerem Ausmaß zugänglich zu machen.

Der Handel mit Rentenwerten an der Berliner Börse, der infolge der Ueberlastung der Börse seit längerer Zeit ohne amtliche Kurse erfolgt, einmal wöchentlich, soll zunächst am 22. und 29. November wieder regulär ausgebaut werden. Industriedobligationen, Staats- und Kommunalanleihen, Hypothekendarlehen usw. werden an diesen Tagen zur Notiz gelangen. Der übrige Effektenverkehr fällt dann aus.

Die Streikleitung der Mühlenarbeiter verhaftet.

Der Streik beigelegt.

Der Mühlenbetrieb, in dem in Berlin etwas über 600 Arbeiter in drei Schichten, Sonntags wie Werktags ununterbrochen tätig sind, ist zweifellos lebenswichtig. Dieser lebensnotwendige und gegenwärtig besonders lebenswichtige Charakter der Mühlenindustrie mündete bei der Lohnbemessung einige Berücksichtigung erfahren. Das ist nicht geschehen! Weder von den Unternehmern, deren Gewinne eine angemessene Lohnzahlung sehr wohl zulassen, noch vom Schlichtungsausschuß, den die Mühlenarbeiter anrufen mußten, weil sie mit den Unternehmern zu keiner Verständigung kommen konnten. Der Streikspruch erschien den Mühlenarbeitern derart unzulänglich, daß sie ihn in ihrer Versammlung am Dienstag einstimmig ablehnten. Um ganz sicher zu gehen, ob die Versammlung die Auffassung der Mehrzahl der Mühlenarbeiter getreu widerspiegelt, erfolgte am Mittwoch in den Betrieben eine Abstimmung über Annahme des Schlichtungsspruches oder Streik. Etwa 530 Stimmen, also die überwältigende Mehrheit der Mühlenarbeiter, sprach sich für den Streik aus. Der Organisationsleiter machte noch einmal den Versuch, mit den Unternehmern durch Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen und so den Streik zu verhüten. Der Vertreter der Unternehmer erklärte, die Unternehmer hätten an weiteren Verhandlungen kein Interesse! Der Streik begann.

Mittwoch nacht um 10 Uhr setzte der Streik ein, Donnerstag früh sollte bereits vor dem Demobilisationskommissar verhandelt werden, um den Streik zu beenden. Denn inzwischen hatte sich der Magistrat ins Mittel gelegt. Es bestand begründete Aussicht, den Konflikt alsbald beizulegen. Die Verhandlungsvertreter fanden sich denn auch gestern morgen beim Demobilisationskommissar ein. Als sie ankamen, war bereits ein Offizier des Wehrkreiskommandos anwesend, der die Arbeitnehmervertreter fragte, ob sie den Streik aufheben und ob sie die Streikleitung bilden. Weiter aber, ob sie gewillt seien, dahin zu wirken, daß die Arbeit sofort aufgenommen und ein diesbezügliches Plakat herausgegeben wird. Wenn nicht, werde er sie verhaften. Die Arbeitervertreter, an solche „Verhandlungen“ bisher nicht gewöhnt, lehnten die Zumutung ab und wurden verhaftet.

Unter Überwachung der verhafteten Lohnkommission durch Kriminalbeamte begannen die Verhandlungen, während deren Damer das Auto auf der Straße wartete, um bei ihrem Scheitern die Verhafteten abzutransportieren. Trotzdem kam es zu einer Einigung, wonach für die Woche vom 11. bis 17. November die Angelernten 10 Billionen, die Gelehrten 10,2 und die Frauen 6,8 Billionen Mark erhalten. In der folgenden Lohnwoche kommt zu diesen Sätzen eine Erhöhung nach dem Reichsindex. Das Ergebnis bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Sätze des Schlichtungsspruches. Die Verhandlungen waren gegen 5 Uhr beendet, worauf der Streik aufgehoben und die Mitglieder der Lohnkommission aus der Schutzhaft entlassen wurden.

Verhaftet waren der Genosse Schmitz, Angestellter der Disziplinverwaltung des Verbandes der Lebensmittel- und Getreidearbeiter, sowie die Vertrauensmänner der in diesem Verbande organisierten Mühlenarbeiter, Preuß, Köhler, Haak, Tullman, Sattler und Hürtig.

Das ist ein so ungeheurer Vorgang, daß es sich jede Organisationsleitung fortan überlegen muß, mit dem Demobilisationskommissar in Verbindung zu treten, zumal dies ohnehin in Arbeitnehmerkreisen mehr und mehr als überflüssig erachtet wird. Die Verhandlungsräume, die zur Beseitigung von Lohnunterschieden, zur Beilegung von Streiks aufgesucht werden, müßten doch schon als neutrales Gebiet gelten, zumal die Räume der staatlichen Schlichtungsstelle des Demobilisationskommissars. Sie als Falle zu gebrauchen, in die man die Arbeiterführer hineinfällt, um sie zu verhaften, zeigt mindestens von einem Hebereiber, der das Gegenteil dessen bezweckt, was er doch schließlich bewirken soll, den Streik so rasch wie möglich zu beenden. Das kann durch Verhandlungen, bei einigem Entgegenkommen der Unternehmer, geschehen, die nötigenfalls an das Bismarck erinnert werden müssen, dem Ohren, der da drischt, nicht das Maul zu verbinden, aber nicht durch Verhaftung ausgerechnet derjenigen Personen, die zur Vermittlung legitimiert und mit der ordnungsmäßigen Führung der Lohnbewegung betraut sind.

Fortschritte im Zentralverband der Angestellten.

Der freigewerkschaftliche Zentralverband der Angestellten hat trotz der ungeheuren Gegenkräfte, die am Werke sind, in die freie Gewerkschaftsbewegung überhaupt niederknien, in den letzten Wochen und Monaten gute Fortschritte gemacht. Die wirtschaftliche Notlage und der Ansturm der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmerrechte hat vielen Angestellten, die bisher der freigewerkschaftlichen Idee unzugänglich waren, die Augen geöffnet. Der Zentralverband der Angestellten hat sich mit allen Mitteln gegen die Verschlechterung der sozialen Bedingungen der Arbeitnehmerschaft gemehrt und wird dies auch weiter tun. Wenn es bisher nicht im vollsten Maße gelungen ist, die Angriffe der Arbeitgeber restlos abzuschlagen, so liegt das vor allen Dingen daran, daß noch eine große Zahl von Angestellten der Gewerkschaftsbewegung gleichgültig oder ablehnend gegenübersehen.

Man versucht immer wieder, die Angestellten durch das Schlagwort „Gegen den Marxismus“ von der freien Gewerkschaftsbewegung abzuhalten, denn man behauptet, daß auch der Zentralverband der Angestellten voll und ganz dem „Marxismus“ verschrieben ist. Was der Zentralverband will, das ist eine gesunde,

auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage basierende Wirtschaft, die den Angestellten zum vollwertigen Glied im Wirtschaftsleben machen wird. Diese Laitsachen müßten jedem Angestellten zu denken geben und ihn veranlassen, daß auch er die Bewegung fördert, die die anarchistische Profitwirtschaft des heute herrschenden Systems beseitigen will. Der ZVdA ist über ganz Deutschland durch ein Netz von 900 Ortsgruppen verbreitet. Eigene Geschäftsstellen sind weit über 100 vorhanden.

Schuldgehälter im Buchhandel.

Wohl der größte Teil der Angestellten im Buchhandel rangiert in der Gruppe B, 6. Berufsjahr. Das Gehalt in dieser Gruppe betrug für die Zeit vom 1. bis 10. November für einen Ledigen 1852,500 Millionen Papiermark, für einen Verheirateten mit Kindern 1976,000 Millionen Papiermark. Die jüngeren Angestellten und Stenotypistinnen erhalten natürlich weit weniger. Von diesen Beträgen sind dann noch die sozialen Abgaben usw. zu entrichten. Außerdem wird bei manchen Firmen noch verläßt gearbeitet und außerdem wird in manchen Firmen noch verläßt gearbeitet und dementsprechend das Gehalt gekürzt, ohne daß Kurzarbeiterunterstützung in Frage kommt. Es kommt also nicht selten vor, daß das Gehalt unter dem verkauften Warenwert sinkt und die Angestellten verbleiben. Ja, das Personal bringt teilweise sogar darauf, entlassen zu werden, da es sich so pekuniär besser stellt, wenn es arbeitslos ist.

Die Reaktion rüstet zum entscheidenden Schlag!

Seid zur Abwehr bereit! Sammelt Munition! Gebt zum Notopfer der Partei! Geldsendungen auf Postcheckkonto Berlin 487 43 an A. Pagels, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Angestelltenrat der Berliner Metallindustrie. Der VBRM teilt mit, daß er beschlossen hat, außer der laufenden Vorkaufzahlung auf Basis Brotgeld morgen Sonntag weitere 1000 und am Dienstag, den 20. d. M., weitere 1500 Septembereinkommen Konto November zu zahlen.

Bezüglich der Vorkaufzahlungen auf Basis Brotgeld machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß diese Regelung ohne unsere Zustimmung einseitig durch den VBRM erfolgt ist und daß wir deshalb nicht in der Lage sind, detaillierte Auskünfte über diese Regelung zu geben. Wfa-Metallrat, Günther, Kaiser, Noth.

Vorkaufzahlungen im Berliner Baugewerbe. Laut einer gestern getroffenen Vereinbarung ist am Dienstag, den 20. November, ein Vorkauf von 10 Millionen Mark zu zahlen. Außerdem ist den Firmen dringend empfohlen, von diesen 10 Millionen noch in dieser Woche eine Rate bis zu 5 Billionen Mark zu zahlen.

Die Vorkaufzahlungen der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände. In der Ledervereinsindustrie beträgt der Mindestlohn eines Facharbeiters vom 9. bis 15. November 240 Milliarden. Dieser Satz gilt jedoch nur, wenn heute der Lohn gezahlt wird. Wird der Lohn erst am Sonntag gezahlt, so erhöht er sich in der Höhe, wie der Dollar gestiegen ist. Tarife sind heute abzuholen. A. Plume.

In der chemischen Industrie ist heute, Freitag, an sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ein weiterer Versuch für die laufende Woche in Höhe von 40 Proz. des Bruttoverdienstes der Woche vom 5. bis 11. November zu zahlen. Des weiteren werden die Kollegen auf den Beschluß der letzten Branchenversammlung aufmerksam gemacht, wonach für Arbeiter 10 Milliarden, Frauen 5 Milliarden, Kurzarbeiter und Jugendliche die Hälfte für den Branchenfonds zu zahlen sind.

Die endgültige Abrechnung erfolgt am Sonntagabend in der Funktioneerversammlung. (Siehe Inserat.)

Angestellte des gesamten Großhandels (Textilgroßhandel, Samt- und Seidengroßhandel, Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandel, Leder- und Schuhgroßhandel, Kurz-, Galanterie- und Spielwarengroßhandel, Glas- und Keramikgroßhandel, Elektrogroßhandel, Eisen- und Stahlgroßhandel). Vereinbarung: Für die Woche vom 12. bis 18. November 1923 werden die Bezüge um die indemagogische Aufwertung, d. h. um 121,8 Proz. erhöht. Damit ist die Woche vom 12. bis 18. November endgültig abgeklungen. Ueber die Auszahlung der Gehaltssummen sind folgende Vereinbarungen getroffen worden: 1. Die Betriebe werden gebeten, die Gehälter nach Möglichkeit werbeständig auszuzahlen. 2. Dort, wo die notwendige Menge werbeständiger Zahlungsmittel nicht vorhanden ist, ist den Angestellten auf deren Wunsch bis zu einem Drittel der auszuzahlenden Summe zum Berliner Börsenfuß vom Freitag, den 16. November, gutzuschreiben. Der gutgeschriebene Betrag ist innerhalb sieben Tagen bis spätestens 23. November umgerechnet zum Kurse des Auszahlungstages abzugeben.

Die Angestellten des Papier- und Pappengroßhandels erhalten heute außer den bereits geleisteten 3 Oktobergehältern vom 13. November weitere 7 Oktobergehälter. Im Großberliner Einzelhandel werden die Gehälter der Vorwoche für die Zeit vom 12. bis 18. November um 130 Proz. erhöht. Für die Zeit vom 19. bis 25. November wird am Montag, den 19., bzw. Dienstag, den 20. November, eine Kontozahlung in Höhe von 100 Proz. der Zahlung der Vorwoche geleistet. Die errechneten Gehaltssätze sind Belle-Alliance-Str. 7/10 erhältlich.

Die Stundenlöhne der Ofenscher betragen vom 12. bis 13. November 300 Milliarden vom 14. bis 17. November 400 Milliarden. Firmen, die im Laufe der Woche Vorhülle gezahlt haben, berechnen vom 12. bis 13. November nur 150 Milliarden pro Stunde. Die Löhne der Hilfsarbeiter werden entsprechend erhöht. Nach Ablauf der ersten drei Tage der kommenden Woche (Dienstag bzw. Mittwoch) ist ein Vorhülle von 10 Billionen Mark zu zahlen. Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Mit den Goldlöhnen in der keramischen Industrie, von denen wir im gestrigen Abendblatt nach einer Meldung aus dem RWR, berichteten, hat es einen kleinen Haken. Die an dem Betrage beteiligten Arbeiterorganisationen haben sich so wenig von dem schwachen Glanz der Goldlöhne des Schlichtungsspruches blenden lassen, daß sie den Schlichtungsspruch abgelehnt haben. Sie bejahren, daß der Lohn von 35 Goldpfennigen etwa 80 Proz. des Friedensnominallohnes ausmacht.

Ein Streik in den oberdeutschen Elektrizitätswerken, der gestern nachmittag 3 Uhr einsetzte, bewirkte, daß aus Strommangel in Gleiwig und Hindenburg die Geschäfte um 4 Uhr schließen mußten. Die Arbeiter fordern bei der ungeheuren Geldentwertung höhere Zahlungen. Verhandlungen wurden eingeleitet.

Der lebenslängliche Arbeitstag ist in der Tabakindustrie eingeführt worden. So wird aus Moskau gemeldet. — Ist die russische Tabakindustrie voll beschäftigt? Sonst können wir aus Berlin weit kürzere Arbeitstage in verschiedenen Industrien erwarten. Solange keine nähere Angaben darüber gemacht werden, weshalb sich diese Einschränkung nur auf die Tabakindustrie bezieht und auf welche Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sie sich — außer der Heimindustrie — erstreckt, solange ist diese Reform nichts sagend.

Baugewerksbund (Fachgruppe Glaser). Der Lohn vom 9. bis 15. November beträgt für Glaser 100 Milliarden, Hilfsarbeiter 100 Milliarden, Monteur 100 Milliarden, Kleinfacharbeiter 100 Milliarden.

Deutscher Holzarbeiterverband. Da mit der Umstellung der Löhne und auch der Beitrag in Geldform in Höhe gerechnet werden muß, sollen die vorhandenen 100 Milliarden Beitragsgewinnen verbucht werden. Es kommen deshalb für diese Woche nur folgende Beträge in Umlauf: In Milliarden Mark: 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100. Schlichtungsbeitrag 100 Milliarden Mark. Unter Berücksichtigung des Grundlohnes 1 Beitrag = 1 Stundenlohn, müssen die Beitragsentlastung und Beitragsentlastung verbunden, mit den angegebenen Beitragsentlastungen einen Ausgleich herbeiführen, doch in den Fällen, wo die Beitragsentlastung dem Grundlohn nicht gleichkommt, zwei Beitragsentlastungen auf ein Feld gestellt werden müssen, und zwar so, daß die zweite Hälfte des nachfolgenden Feldes bedeckt. Wir bitten die Kollegen, als kurze Leistungsform, diese Arbeit auf sich zu nehmen.

Deutscher Holzarbeiterverband (Kaufmannslehrlinge). Heute nachmittag 6 Uhr im Verbandssaal, Rummelstraße, Sitzung der Vorstandskommission. 10 Uhr im Verbandssaal (Chemische Industrie). 11 Uhr Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie. 12 Uhr im Verbandssaal, 18. November, aus. Sie finden dort am Dienstag, 20. November, statt. 12 Uhr im Verbandssaal (Kaufmannslehrlinge). 12 Uhr im Verbandssaal, 18. November, aus. Sie finden dort am Dienstag, 20. November, statt. 12 Uhr im Verbandssaal, 18. November, aus. Sie finden dort am Dienstag, 20. November, statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute abend 5 Uhr Sitzung des engeren Bezirksvorstandes. 6. Kreis (Kreuzberg). Sozialwissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte am Sonntag, 17. November, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 8. 7. Kreis (Kreuzberg). Sozialwissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte am Sonntag, 17. November, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 8. 8. Kreis (Kreuzberg). Sozialwissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte am Sonntag, 17. November, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 8. 9. Kreis (Kreuzberg). Sozialwissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte am Sonntag, 17. November, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 8. 10. Kreis (Kreuzberg). Sozialwissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte am Sonntag, 17. November, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 8.

Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

30. Okt. Am Sonntag, 18. November, verlor unser langjähriges Mitglied Genosse Richard Richter, Schauer Str. 23. Die Einäscherung findet am Sonntag, 18. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, 11. Okt. (Kreuzberg). Genosse Hermann Wilsch (29. Bezirk) wird heute früh um 10 Uhr in Reichshagenweg eingestrichelt. 11. Okt. (Kreuzberg). Genosse Paul Rudolf, Wilschstr. 23, ist am Dienstag, 13. November, verstorben. Einäscherung am morgigen Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, Baumhulweg. Bege teilung erwartet der Abteilungsvorstand.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Abteilungsleiter! Die Karten zur Kommunistenversammlung am Sonntag, 9. Dezember, zum Stadtpark von 20 Millionen pro Stück müssen heute unbedingt abgeholt und spätestens am 1. Dezember in der Parteizentrale abgerechnet werden. Für Einzelkarten beträgt der Preis 15 Milliarden Mark. Heute, Freitag, 16. November, abends 7 1/2 Uhr. Abteilungen: Jugendheim, Bismarckstr. 12. Diskussions-Abteilungsabende: 1. Kreis: Jugendheim, Bismarckstr. 12. 2. Kreis: „Krieg und Frieden“. 3. Kreis: Schulische Schule am Stephanplatz. 4. Kreis: „Krieg und Frieden“. 5. Kreis: Jugendheim, Bismarckstr. 12. 6. Kreis: „Krieg und Frieden“. 7. Kreis: „Krieg und Frieden“. 8. Kreis: „Krieg und Frieden“. 9. Kreis: „Krieg und Frieden“. 10. Kreis: „Krieg und Frieden“. 11. Kreis: „Krieg und Frieden“. 12. Kreis: „Krieg und Frieden“. 13. Kreis: „Krieg und Frieden“. 14. Kreis: „Krieg und Frieden“. 15. Kreis: „Krieg und Frieden“. 16. Kreis: „Krieg und Frieden“. 17. Kreis: „Krieg und Frieden“. 18. Kreis: „Krieg und Frieden“. 19. Kreis: „Krieg und Frieden“. 20. Kreis: „Krieg und Frieden“. 21. Kreis: „Krieg und Frieden“. 22. Kreis: „Krieg und Frieden“. 23. Kreis: „Krieg und Frieden“. 24. Kreis: „Krieg und Frieden“. 25. Kreis: „Krieg und Frieden“. 26. Kreis: „Krieg und Frieden“. 27. Kreis: „Krieg und Frieden“. 28. Kreis: „Krieg und Frieden“. 29. Kreis: „Krieg und Frieden“. 30. Kreis: „Krieg und Frieden“.

Mineralwasser trinken Porosil als Kraftkost nahrhaft u. wohlfel

Statt besonderer Anzeige.

Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, von dem am Dienstag, den 13. November, nachmittags erfolgten Ableben unseres geliebten Vaters, Großvaters und Schwiegervaters, des Fabrikanten

Adolf Klein

Kennntnis zu geben.

Mit unermüdlicher Liebe und Güte hat uns der nun im 70. Lebensjahre Heimgegangene umgeben, und in unvergänglicher Dankbarkeit werden wir seiner gedenken. Tieferschüttert stehen wir an der Bahre dieses Edlen und Guten.

Die Einäscherung findet am Montag 12 Uhr im Krematorium Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str., statt.

Direktor James Klein und Familie,
Dr. Erich Klein und Familie,
Arthur Levison und Gertrud Levison geb. Klein.

Zahngebisse Schneiders & Sohn
Gold-, Silber-, Platin-, Buchholz
Französisch, St. 15, 1
Inhaber: Erwin Schneider

Alte Zahngebisse
von 400 Milliarden bis 15 Milliarden
Photographieren, Objektiv, Fernrohre
Feldstecher werden höchstschön gefasst
max Skigin, SW, Friedrichstr. 24 (Laden)

Am 14. November verließ plötzlich und unerwartet nach schwerem Krankenlager mein innig geliebter Mann und Vorgesetzter Vater, unser lieber Schwager und Onkel

Simon Spangenthal.

Charlottenburg, den 15. November 1923.
Hohenzollernstr. 18.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Babette Spangenthal, geb. Weil.
Manfred Spangenthal.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 18. November, nachmittags 1 Uhr, von der Alten Halle, Betheler, aus statt.

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einziger Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Pauschwohnungen Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht

Verbund, mit d. „Or-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe** Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzeigengeschäft

Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 5/6 - Fernsprecher: Dönhof 2310-3312

Albert Springare

Fischgroßhandel, Räucherei und Marinadenfabrik
BERLIN N. 9 Badstraße 9 BERLIN N.
verkauft heute

preiswerte Seefische

Merlan	200	Pedermänner	200
Rotbarsch	220	Dorsch	200
Seeforellen	300	Blei	200

außerdem

frischeräucherter Fettbacklinge
pro Pfund 600 Milliarden Mark

Bei Einkauf bitte Papier mitbringen!!!

Ausnahmezustand und Buchdruckerstreik.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung stehen gestern die Gegensätze zwischen links und rechts scharf aufeinander. Der schon vor einem Monat eingebrachte, jetzt endlich zur Verhandlung kommende Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes forderte, bot Gelegenheit, das Vorgehen der militärischen Gewalt gegen die streikenden Buchdrucker zu beleuchten. Gerade der Gebrauch, den sie in dem Buchdruckerstreik und auch in dem Mühlenarbeiterstreik von diesem Machtmittel gemacht hat, diente unserem Redner, dem Genossen Reimann, als Beweis für die Notwendigkeit der Beilegung. Daß der Ausnahmezustand sich gegen die bayerischen Putschisten richten sollte, scheint bei den bürgerlichen Parteien völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Ihre Freude darüber, daß er sich jetzt gegen die Arbeiterklasse richtet, kam besonders deutlich zum Ausdruck in der Rede des Unternehmensleiters Dr. Neumann von der Deutschen Volkspartei. Im Schlußwort gab Genosse Reimann ihm die gebührende Antwort. Unser Antrag wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Linke abgelehnt.

Die unhaltbaren Zustände, die in der Reichshauptstadt seit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes des Platz gegriffen haben, fanden eine grelle Beleuchtung durch die Erörterung, welche die Versammlung in den ersten beiden Stunden der gestrigen Sitzung beschäftigte. Die Aussprache knüpfte an den schon am 16. Oktober eingebrachten Antrag unserer Genossen an, der den Magistrat erludien will, auf baldige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin bei den zuständigen Reichsbehörden hinzuwirken. Die Begründung gab an Stelle des verhandelnden Genossen Schlegel Gen. Reimann, der der Versammlung in drastischen Zügen vor Augen führte, was besonders in den letzten Tagen und Stunden aus dem Ausnahmezustand und seiner Handhabung durch Militärs geworden ist, die vom Charakter der Bevölkerung keine Ahnung haben. Im einzelnen wurde dies besonders an dem

Buchdruckerstreik

gezeigt. Am Mittwoch seien schließlich die Führer der graphischen Verbände aus dem Gernerichthaus heraus verhaftet worden! Wohin solle es führen, wenn man die Führer der Arbeiterorganisationen ins Gefängnis wirft? Welcher Unterschied bestehe da noch zwischen der deutschen freien Republik und Horthy-Ungarn? Unter stürmischem Protest der Rechten erklärte Reimann, daß der staatsrechtliche Gedanke heute überhaupt nur noch von der Arbeiterschaft vertreten werde. Mit heftiger Empörung wurde auf der Linken seine Mitteilung aufgenommen, daß am gestrigen Tage eine Kommission der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Reichsarbeitministerium, wohin sie zu Verhandlung geladen war, mitten aus dieser Verhandlung verhaftet worden ist. Der

Reaktion scheint nachgerade der Kommu so geschwollen zu sein, daß sie glaube, sich alles erlauben zu können. Aber mit militärischen Maßnahmen könne man die Arbeiterschaft nicht niederringen,

das beweise die deutsche Geschichte. Es werde der Reaktion auch nicht gelingen, durch das triviale Abenteuer der Judenhege die Arbeiterschaft darüber zu täuschen, wer für das jetzige Elend des Volkes die Verantwortung zu tragen hat.

In der Aussprache hob auch Dörr (Komm.) hervor, daß der Ausnahmezustand lediglich gegen die Arbeiterschaft seine Schärfe lehre. Auch ein Mitglied der Versammlung, der Stadt. Gabel, sei aus seinem Verbandsbureau heraus verhaftet worden, und damit sei auch ein unmittelbarer Anlaß für den Magistrat gegeben, auf den Boden des Antrags zu treten. — Für die D.V.P. sprach Neumann im östlichen Scharlachrot, wie man ihn längst übermüdet glaubte, gegen den Antrag und gegen seine Begründung. Der militärische Ausnahmezustand sei nichts Angenehmes, aber eine Notwendigkeit. Daß der staatsrechtliche Gedanke gerade bei der Arbeiterschaft keine Stätte finde, sei eine bloße Behauptung; tatsächlich habe die Arbeiterschaft sich von der Verantwortung gedrückt. Ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Reichsregierung dem völligen Währungsverfall durch die Einführung der Rentenmark vorbeugen und Ordnung schaffen wolle, komme der Buchdruckerstreik und verhindere dieses Vorhaben. Unbedingt notwendig sei, daß solche Machenschaften gegenüber mit den Machtmitteln des Staates durchgegriffen würden. — Der Kommunist Schumacher beantragte, im Antrag Heimann das Wort „baldige“ durch „sofortige“ zu ersetzen. — Der Demokrat Meyer und der Deutschnationale Linke erklärten sich aus Kompetenzbedenken gegen den Antrag, über dessen Schicksal hiernach ein Zweifel nicht mehr möglich war. Nach dem Schlußwort Reimanns, der zumal mit Neumann gründlich abrechnete, wurde zunächst der Antrag der Kommunisten, auf Erziehung des Wortes „baldige“ durch „sofortige“, mit 100 gegen 87 Stimmen und sodann mit der selben Mehrheit der Antrag Heimanns selbst abgelehnt. Zur Annahme gelangte dagegen mit den Stimmen der Bürgerlichen der Antrag der Wirtschaftspartei auf besseren Schutz der Ladengeschäfte gegen Plünderungen und schnellere Leistung des Schadenersatzes.

Die Vorlage wegen Erhebung einer Grundsteuer in Form eines Zuschlags zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen fand mit der vom Ausschusse vorgeschlagenen Verringerung die Zustimmung, daß der Zuschlag nur mit 3 1/2 Proz. erhoben werden soll. Die Vorlage hatte 100 Proz. verlangt; auch ein Vermittlungsvorschlag der Demokraten auf 50 Proz. blieb in der Minderheit. — Bei der neuerlichen Besprechung der Vorlage wegen Aufhebung der einheitlichen Bezirksschuldeputation und des einheitlichen Bezirksschuldenausschusses für Alt-Berlin fand die Sitzung ein vorzeitiges Ende. Der Ausschuss hat die Vorlage abzulehnen empfohlen und die Bürgerlichen ließen trotz des energischen Protestes des Gen. Dr. Wenl eine Diskussion nicht mehr zu. Darauf stellten unsere Genossen den Antrag auf namentliche Abstimmung und machten unmittelbar darauf durch Verlassen des Saales die Versammlung beschlußunfähig. Schluß 8 Uhr.

Vorweihnacht.

Die Berliner Geschäfte rüsten sich, ihre Lager auf den würdigen Empfang von Papierbillionen, Dollarböden und Rentenmarken einzustellen. Sehr zeitig hat das Warenhaus Tieh in der Leipziger Straße den Anfang mit einer imposanten Spielwarenausstellung gemacht. Um es gleich vorweg zu sagen — der Nebenzweck, die hohe Stufe unserer Spielzeugindustrie in übersichtlichem und wohlgefügtem Rahmen zu zeigen, ist erfüllt. Ueber manche Abteilung, vor der die Bewunderer sich stauen, siehe sich schreiden: Spielzeug für zukünftige Ingenieure, glücklicherweise ohne den abgeklapperten Eifelturm, der aus dem Steinbaukasten zusammengesetzte Märchenbrunnen vom Friedrichshain, eine Hasenanlage mit Kron und Lastschiffen, mit Dampf und Strom betriebene maschinelle Anlagen in miniature, ein Kaufmannsladen so groß wie ein Schreibtisch mit hohem Aufsatz, wunderbar exakt nachgeahmte Eisenbahn- und Bahnhofsanlagen, die heute zahlenmäßig als Spielzeug mehr kosten als vor wenigen Jahren ganze Eisenbahnstrecken im Wirklichkeitsbetriebe — alles das sind Dinge, die auch den Erwachsenen Stundenlang beim Spielen festhalten können. Man sieht überhaupt nichts von dem zu Weihnacht so häufigen „Tinsel“, der billig ist und keine halbe Stunde hält. Das kleinste Stück zeigt das Bestreben gediegener Ausführung, auch wenn dadurch der Preis in die Höhe geht. Für weniger als eine Billion ist nicht allzuviel zu haben. Immerhin macht unseren Berliner Kindern, die ja so bescheiden geworden sind und vielfach ein richtiggehendes Friedensweihnachtsfest noch gar nicht erlebt haben, schon das Ansehen mancher Berganlagen. In den großen Schaufenstern, die nach den Ausstellungen verlegt sind und hier weit besser als im Schaufenster zur Geltung kommen, ist sehr Anerkennenswertes gefestigt. Die Fußballer, die das brennende Haus löschende Feuerwehr, der mächtige Gutshof, Jirtus Sarafoni und die am Red turnenden Leddykären können die Kinder vorübergehend in jenes Entzücken versetzen, das bei den Kindern glücklicher Länder nichts Außergewöhnliches ist. Kann man es auch nicht haben, sieht man es sich doch an. Es hat ja immer zu Weihnacht viel mehr „Schleute“ als „Kaufleute“ gegeben.

Der Poststreckfluß.

Was ist alles seit Jahr und Tag geschehen, — so schreibt man uns — um möglichst viele Privatmenschen neben den großen Anstalten, Betrieben und Geschäften zu Poststreckkunden zu machen! Den Zinsverlust gegenüber dem Bank- und Sparkassenkonto nahm man gern in Kauf, ersparte doch das bequeme und portofreie Postschleppfahren jedem das immer schimmere Ansehen am Posthalter. Je mehr aber die Wertentwertung fortschritt, desto wertvoller, ja desto schädlicher für den Einzelnen wurde der Besitz eines Poststreckkontos. Wer sich Arbeitslohn, Verdienst oder — bei Korporationen — Spenden auf sein Konto überweisen ließ, der verlor schon von der Einzahlung über Ueberweisung bis zur Quittung einen großen Teil und bis zur auszahlenden Verwendung den Rest.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittel-Preise in Berlin am 15. Nov. 1923 and Wochenlöhne in Berlin. Includes items like Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Leberkäse, Hefe, Käse, Eier, Schellfisch and various types of fish and weekly wages.

Diese schwere Schädigung zwingt die Kontoinhaber, sich der Benutzung ihres Kontos zu enthalten und die Folge ist, daß die Massen der an den Postämtern Angelegten noch bedeutend vergrößert werden. Das wird sich auf dem Poststreckgebiet gewiß wenden, wenn erst auch da werbebeständig geordnet wird. Aber — nur nicht gleich, nicht auf der Stelle, denn bei der Post gehts nicht so schnell!

Ueberweisung nicht erwünscht! Wenn man der Stadt Geld bezahlen will.

Die Entwertung der Papiermark richtet ungeheure Verwirrungen an. Die Kassenbeamten aller Behörden sind ebenso überlastet wie die kaufmännischen Angestellten, die mit Ein- und Auszahlungen zu tun haben. Sie müssen ganze Berge von Papiermark entgegennehmen und auszahlen, durchzählen und nachrechnen. Der Zusammenbruch des Ueberweisungsverkehrs verstärkt zudem die Arbeitslast, die auf den einzelnen drückt, ins Unerträgliche. Die Nervosität greift deshalb begreiflicherweise immer mehr um sich, freilich nicht nur jenseits der Kassenschalter, sondern auch beim Publikum. Aber wenn man auch die ungeheuren Schwierigkeiten voll in Rechnung setzt, die durch die Papiermarkwirtschaft hervorgerufen werden, so muß man doch erwarten, daß die behördliche Organisation für den Geldverkehr so gestärkt wird, daß sie den Beamten sowohl wie dem Publikum nicht vermerkbare Vergernisse bereitet. Das ist leider gegenwärtig nicht der Fall. Vielmehr sieht es oft so aus, als sollte durch die Schwerfälligkeit des Apparates die ohnehin vorhandene Verbitterung bei den Zahlungspflichtigen noch unnötig gesteigert werden. Aus unserem Leserkreis wird uns zu diesem Thema geschrieben:

Ich bin glücklicher Besitzer eines kleinen Siedlungshauses in einem Vorort von Berlin. Heute morgen brachte mir der Briefträger die Aufforderung zur Bezahlung der Entwässerungsgebühr, die der Magistrat zu erheben berechtigt ist. Betrag für zwei Monate rund 95 Milliarden. Zahlbar nur an der dafür bestimmten Kasse im alten Rathaus zu Schöneberg, am Kaiser-Wilhelm-Platz. Auf der Rechnung ist ausdrücklich vermerkt, daß Ueberweisungszahlung nicht erwünscht sei, da die Beträge zu spät eintreffen und infolgedessen dem späteren Kurse angepaßt werden müßten. Dort finde ich den ganzen Vorraum der Kasse dicht gefüllt mit Leidensgenossen aus allen Teilen der Großstadt Berlin. Ein fürchterliches Gedränge. Jede Organisation fehlt. Die zuerst gekommenen werden nicht zuerst abgefertigt. Bis um 1 Uhr, dem regelmäßigen Kassenschluß, war nur ein Teil der Zahlungspflichtigen abgefertigt. Was von inmitten dieses Publikums an Lebenswürdigkeiten über die Behördenorganisation ahndern mußte, läßt sich nicht wiedergeben. Das Bösartigste oder Ist, daß man auch beim besten Willen ihnen nur teilweise widersprechen konnte. Ich bin gewiß ein Freund von Groß-Berlin und nehme gern manche Unzulässigkeit in Kauf, weil ich weiß, daß die Zusammenfassung des Ganzen in günstigeren Zeiten große Vorteile gegenüber der Zersplitterung bringen wird. Aber ich habe mich doch gefragt, ob es notwendig war, alle die Leute nach einem einzigen Kassenslotus zu befehlen, und ob es nicht richtiger wäre, die Einzahlung der Beträge auf die Kassen in den einzelnen Stadtbezirken zu verteilen. Auch dort würde sicherlich noch Andrang genug sein, wenn die Zahlung innerhalb der vorgeschriebenen drei Tage erfolgen muß. Aber schließlich würde doch die an sich schon vorhandene Verbitterung nicht noch dadurch gesteigert, daß man, um einen verhältnismäßig geringen Betrag los werden zu können, noch 60 Milliarden auf der Straßenbahn verfahren muß, um dann stundenlang und möglicherweise noch vergeblich auf die Abfertigung zu warten. Wenigstens für die Zukunft sollte doch der Magistrat Wege finden, um solchen Unstimmigkeiten vorzubeugen. — Keineswegs anders als die städtische Verwaltung treibt es die Privatindustrie. Die Charlottenburger Wasserwerke L. & C. haben im Gegensatz zu den Gas- und Elektrizitätswerken die

Haustaffierung eingestellt und lassen durch die Abteiler Bezahlung durch die Post verbieten. Will die zehntausende Abnehmer dieser Werte, Hausbesitzer und Siedler, werden nach dem bayerischen Platz Nr. 9 beschieden, mögen sie selbst in Johannisthal wohnen. Dort, in einem mittelgroßen Bureau, drängen sich nun tagtäglich hunderte Menschen und verlieren viele Stunden Arbeitszeit, ehe sie in einem völlig unorganisierten Verfahren ihr Geld loswerden können. Nebenbei bemerkt, erfahren viele Hausbesitzer, die, entsprechend der nur dreitägigen Zahlungsfrist, erst am Montag die umgelegten Teilbeträge von den Mietern erhalten haben, erst am Jahltisch, daß sie entsprechend dem inzwischen wieder gefallenen Markwert viel mehr bezahlen müssen! Ist es nicht unerhört und aufreizend in höchstem Grade, daß die Gesellschaft die Haustaffierung einstellt und die Posteinzahlung verbietet, ohne gleichzeitig genügend Zahlstellen zu errichten, wofür es an leeren Äden wahrlich nicht fehlt? Will die Aufsichtsbehörde diesen schandbaren Zustand auch nur einen Tag lang dulden, nachdem sie hierdurch darauf hingewiesen ist?

Die täglichen Preiserhöhungen. Milch, Kohlen, Wert- und Verkehrstarife.

Das Nachrichtenamt der Stadt teilt mit: Der Preis für ein Liter Vollmilch beträgt ab 16. d. M. 156 Milliarden, für ein Liter Magermilch 56 Milliarden. Das Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 15. d. M. stellen sich die Verkaufspreise für Koks und Briquets vom 16. d. M. ab wie folgt: Kühlen- und Ofenbrand Briquets ab Lager 1330 Milliarden, frei Keller 1372 Milliarden; Gaskoks ab Lager 2933 Milliarden, frei Keller 2981 Milliarden, bei fuhrerweiser Lieferung Briquets ab Lager 1330 Milliarden, frei Keller 1366 Milliarden; Gaskoks ab Lager 2933 Milliarden, frei Keller 2975 Milliarden. Die Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilen mit, daß der Preis für 1 Kubikmeter Gas 126 Milliarden, für 1 Kilowattstunde Strom 252 Milliarden, für 1 Kubikmeter Wasser 126 Milliarden für den 16. November 1923 beträgt. Die laufende Entwässerungsgebühr beträgt vom 16. November ab 94 Milliarden. Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn sowie Omnibus erhöhen heute ihre Preise nach den Mitteilungen in der gestrigen Abendausgabe.

Selbsthilfe gegen Rückichtslosigkeit.

Das Postkassettamt in der Dorotheenstraße zahlte gestern, Donnerstag, die abgehobenen Beträge nur in Zehnbillionenscheinen aus und erklärte gegenüber allen Bitten und Protesten, keine anderen Scheine zu haben. Erst als eine Anzahl verzweifelter Geldhändler das Zimmer des Direktors stürmte, wurde ein Wechselrichter aufgemacht, der auf einmal auch genug kleine Scheine zur Verfügung hatte!

Wertbeständige Briefmarken ab 1. Dezember.

Die Reichspostverwaltung wird vom 1. Dezember ab wertbeständige Marken einführen und zwar wird man die früheren Werte: drei, fünf und zehn Pfennig als Grundlage nehmen. Dadurch werden die Schwierigkeiten, die jetzt in der Herstellung und reaktionstigen Beschaffung der Marken lagen, behoben werden. Auf Veranlassung des Sparkommissars ist außerdem die weitere Herstellung und Verwendung von Dienstmarken eingestellt worden.

Für die Republik.

In der „Königsbahn“ (Große Frankfurter Str. 117) referierte am Mittwoch im Deutschen Republikanischen Reichs- und Kart von Ossiechy über die politische Lage. Er gestellte im Laufe seiner Ausführungen besonders die höchst bedenklichen Verhandlungen, die der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland vorhergegangen sind. Die größte Unterlassungsjünde der derzeitigen Reichsregierung sah er darin, daß sie die Lage nach dem Ablauf der Münchener Brauhauskonkordie, die in ganz Deutschland, selbst in den denkenden Kreisen der Rechten nur ein Gelächter ausgelöst hat, nicht dazu nutzte, energisch durchzugreifen und die Autorität des Reiches wiederherzustellen. — Kommunistischen Debattorenbauern erwiderte Karl Betzer, der aller Enttäuschung darüber, daß sich die Republikaner in den letzten Jahren an keiner entscheidenden Stelle des Staatsapparates genügend durchgesetzt haben, den unerschütterlichen Willen entgegenzusetzen, die Reiben eng zu schließen gegen alle Feinde der Republik. Einmütig lehnte die zahlreiche Versammlung jede weitere Kompromißpolitik ab, die von einer Niederlage der Republikaner zur anderen geführt hat. — Am Schluß fand eine Sammlung zugunsten der um Goldlöhne kämpfenden Drucker statt.

Die heutige Rundgebung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes, die um 8 Uhr im großen Saal der Bahnhofs-Brauerei in Moabit, Turm-Ecke Stromstraße, stattfand, steht unter dem Motto: „Der Angriff auf die Republik“. Ueber das Thema „Deutschland und Frankreich“ wird der Senatspräsident Genosse Fremuth sprechen, der die Ergebnisse seiner kürzlich beschlossenen Reise durch die zerstörten Gebiete der Öffentlichkeit vermitteln wird. Genosse Jacob Altmaier spricht über die „Rheinlandfrage“, und der frühere bayerische Landtagsabgeordnete Genosse Ernst Rietisch über „Die bayerische Fronde“. Die nächste Veranstaltung des D.V.R.B. findet am nächsten Freitag, dem 23. November, abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei in Schöneberg, Hauptstr. 122/123, statt.

Rentenmark gleich Goldmark. Die seit gestern zur Ausgabe gelangende Rentenmark wird an den öffentlichen Kassen zur Bezahlung von Goldmarkbeträgen, Eisenbahnkarften, Posten, Zaubahnen usw. als Goldmark für die in Wertmarken berechneten Beträge zu dem amtlichen täglich gemachten Umrechnungssatz für Reichssteuern, zurzeit 600 Milliarden Mark, angenommen.

Zwangswelcher Schmalzverkauf. Am Mittwochnachmittag verankte der Kaufmann Venz, Hauptstraße 182 in Schöneberg das Fund Schmalz zu 700 Milliarden. Auf Veranlassung des Publikums übernahmen Polizeibeamte den Verkauf des Schmalzes zum Preise von 284 Milliarden pro Pfund.

Das Volkshilfsamt Rentbau veranstaltet heute, Freitag, abds. 7 Uhr, einen Ballkettabend im großen Saal der Kaiser-Wilhelm-Hallen. Mitwirkende: Mitglieder des Ballklub der Berliner Gutsbeher, das Bühnen-Orchester, (Orchestration Schmalz), „Einstückler“ abds. 6 1/2 Uhr an der Kasse.

Ein Flugzeug ins Meer gestürzt. Ein Postflugzeug der Linie Sevilla—Lissabon stürzte über der Straße von Gibraltar ab. Der Führer sowie die Passagiere wurden von Fischerbooten gerettet.

Goldumrechnungssätze

Table with 2 columns: Goldumrechnungssätze and Goldmark. Lists conversion rates for 1 amerikanischer Dollar (2220 Milliarden), 1 Dollar Goldanleihe (2520), and various Goldmark values (600 Milliarden).

Arbeitersport.

Turn- und Sportverein Nichte, Berlin. Sonnabend, den 17. November, 7 Uhr, 20-Jahrfeier der 2. Männerabteilung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24. Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, Kranzniederlegung, 48. Nation an der Rote, Dienstag, den 20. November, 6 Uhr, Aufführung der Jahresfeier im Theater am Kurfürstendamm, 1. Abteilung, den 21. November (Freitag), vormittags 9 Uhr, Arbeitersport auf dem Turmberg. Die Abteilungen werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Dienst 9-12 Uhr, Sonntag, den 25. November.

Gala-Sportfest im Sportplatz, Potsdamer Str. 72. Jede Abteilung hat 100 Punkte zu stellen, die sich mittags 12 Uhr am Eingang treffen. Dienstag, den 27. November, 7 Uhr, Sitzung der Gruppenkomitees.

Kunstverein der Arbeiter am Turmberg. Sonnabend, 17. November, pünktlich 7 Uhr, Kampfrichterübung, Schule Weimarerstraße. Jede Klasse ein Kampfrichter, fehlende Kampfrichter bedingten Ausschluß vom Turnen. - Bei jeder Rinderkämpfe darf durch einen gleichberechtigten Erwachsenen Hilfestellung erfolgen, welche gehört aber nicht zur Ringe, möglichst auch nicht mit. In der Turnhalle Weimarerstr. 70 ist für Turner Eingang nur vom Haupteingang (Weimarerstr.) von 1 1/2 Uhr ab, sonst ist der Haupteingang zu benutzen.

Kunstverein aller Volkshäuser 225 Uhr. Ordner, Beroliner, Sportausflug und Funktionäre sind um 1 Uhr zur Stelle.

Freie Schwimmer Charlottenburg 1934, G. B. hält am Sonntag, den 18. November, im öffentlichen Volkshaus (Gartenstr.) Rummelstr. 10, sein diesjähriges Schwimmfest ab. Neben Einzel- und Mannschaftswettbewerben sind Kunst- und Gruppenfiguren, Tauchen, Rettungsschwimmen und Wasserball geplant. Eintrittspreise 4 Goldmark. Umkleekabinen befinden sich im Volkshaus, Charlottenburg; Rummelstr. 10. Sonntags von 7-8 1/2 Uhr im Volkshaus Rummelstr. 10; Ab. 8 1/2 Uhr. Sonntag, den 19. November, von 7-8 1/2 Uhr im Stadthaus, Dönhofsplatz, an der Dönhofsstr.

Theater, Lichtspiele usw.

Theater L. d. Köpfiger Str.
8 Uhr: **Don Gil**
von d. grün. Rosen
Komödienhaus
8 Uhr: **Meln**
Vetter Eduard
Berliner Theater
7:30: **Dolly**
Volkabühne
7 1/2 Uhr: **Figaro**
Lessing - Th.
7 Uhr: **FAUST**
Sonnab. bis Freitag
7 1/2 Uhr: **Rausch**
Deut. Künstler - Th.
Allabendlich 8:
Tybbe
Rose - Theater
7 Uhr:
Das Gesetz
Casino-Theater
8 U. Der Ehemann
ohne Frau
Vorher buntes Teil
Kidnapierth.
18. 11. 1934
u. Sonntag 3 U.
Stettiner
Sänger
Th. a. K. O. H. Tor
18. 11. 1934
u. Sonntag 3 U.
Stettiner
Sänger
ELIYE
Sänger
u. a.
Esmeralda
4 Tänzerin

Den allseitig gerühmten Kaffee-Konditoreibetrieb habe ich nunmehr auch auf meine Abteilung:
Linden-Restaurant
Eingänge: Unter den Linden 44 / Friedrichstraße 87
Mittelstraße 60
ausgedehnt. Täglich ab 1/4 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts
KONZERT - Kapelle Kalss
Nach wie vor Frühstück-, Mittag- und Abendlich
Gelobte Küche - Pilsener Urweiz - Spatenbiere
Geschäftsleitung: Tonndorf-Betriebe
Ed. Arno Tonndorf

Robert-Bühnen
Theater am Kurfürstendamm
Sonnabend, den 17. November, abends 7 Uhr
Zum 1. Male: **Das Prinzip**
Lustspiel von Hermann Bahr
Lucie Höflich, Adele Sandrock
Eleonore Ehn, Else Ehser, Vera
Skidelsky, Heinz Sallner, Jacob
Tiedtke, Paul Morgan, Otto
Bretin, Wolfgang Zilzer.
Regie: Emil Oeyer.
Bühnenbilder: Edward Suhr.
Vorverkauf täglich von 10 bis 4 Uhr.

UPAPALAST AM ZOO
Tragödie der Liebe
Fortsetzung
U. T. KURPSTEND
Alles für Geld
FAUZZIENPALAST
U. T. NOLLENDORFPL.
KAMMERLICHTSP.
The Kid
U. T. FRIEDRICHSTR.
Tragödie der Liebe
1. Teil
U. T. ALEXANDERPL.
Das Zeichen
an der Tür
U. T. WEINBERGSWEG
Die Austreibung
U. T. SCHÖNEBERG
vom 16.-19. 11.
Inge Larsen
vom 20.-22. 11.
Prinz Karneval
U. T. HASENHEIDE
vom 16.-19. 11.
Frühlingserwachen
vom 20.-22. 11.
Das goldene Netz



THE KID
Wochentags: 6, 1/2 u. 9 Uhr
Sonntags: 4, 7/6, 1/2 u. 9 Uhr
Vorverkauf 11-1 Uhr
Ehren- und Freikarten ungtig

Etablissement
Café Zielka
Friedrichstraße 60, Ecke Leipziger Straße
Varieté - Kabarett
Täglich 7 1/4 Uhr:
OTTO REUTER
Lotte Werkmeister
Lisa Weise
Curt Vespermann
Janos u. Olivia
Nachmittags
Kabarett-Vorstellungen

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstverständlicher liefere ich in
Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
I Ring Dukatengold v. 9000 Milliarden an
1 Ring 25.000 v. 6000 Milliarden, an
1 Ring 333 gestempelt, von 3300 Milliarden, an
Einfache Ringe 2500 Milliarden
Hermann Wiese, Juwelier
Berlin N, Artilleriestr. 30
Berlin W, Passauer Str. 12
Bitte auf Hausnummer achten.
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Auftrag u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
Telegr.-Adr. Trauringenone Berlin.

Deutsches Theater.
1 Uhr
Zum ersten Male:
Nora
Dorsch, Pabst, v. Alten, Sterler,
Grätz, Pagay.
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Frühlingserwachen
Brausewetter, Mosheim, Hoffarth,
Brandt

LAMBRINO
Keine Preiskarten. Restloven.

Neues Operetten-Theater
50% Ermäßigung für
die Leier 1-4 Pers.
7 1/2 Uhr:
Siegerin
an d. Kasse von 11-2 u. ab 4 Uhr
umtauschen. Sonnabend Auf-
schlag. Sonntag ungtig.

Meschugge
1923
allabendlich 7 1/2 Uhr
in der
GONDEL
Bellevuestr. 4. - Nollendorf 4150

Bettwäsche
Sonderangebot! 10% Rabatt u. Fahrverg.
bei Zahlung in wertvollstem Geld 10% Rabatt
Deckbettbezüge 4,25 Goldmark
Bettdecken 2,85
Wäschestoffe 0,75
Inletts 0,25
Wäschestoffe, Damennähen, Tisch-
wäsche, Frühlingswäsche, Wäscheschla-
gen, Damast und Handtücher
Fabrikpreise! Fabrikpreise!
Kauferschutz durch Anzahlung
Älteste Spezial-
Bettwäsche-Fabrik
Gräfenstraße 39 (Hasenheide)
Brunnenstr. 10 (Rosenthaler Pl.)
Spandau, Potsdamer Straße 20

Schauspieler - Theater

(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) Chausseestraße 30
Untergörl. Stett. Bht. Tel.: Norden 8553, 9594 Untergörl. Stett. Bht.

Heute, Freitag, 16. November, abds. 7 1/2 Uhr
Hauptmann - Abend
Hannele Eiga
Elisabeth Bergner, Granach, George, Twardowski.

Sonnabend, 17. November, nachm. 3 Uhr
Gastspiel des Märchentheaters Patschpal
Abends 7 1/2 Uhr
Titus und der Talisman
Sonkin und der Haupttreffer
Karl Etlinger

Sonntag, den 18. November, nachm. 3 Uhr
Gastspiel des Märchentheaters Patschpal
Abends 7 1/2 Uhr
Hauptmann - Abend
Hannele Eiga
Elisabeth Bergner, Granach, George, Twardowski.

Montag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr
Hauptmann - Abend
Hannele Eiga
Elisabeth Bergner, Granach, George, Twardowski.
Vorverkauf an der Tageskasse 10-2 Uhr u. Werheim.

Komische Oper
Allabendlich 7 1/2
Die größte Revue
des Kontinents:
**Die Welt
ohne
Schleier**

Apollo-Theater
7 1/2 Allabendlich, 7 1/2
Die große Revue
**Europa
spricht
davon!**

WINTGARTEN
Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

Walthalla-Theater
Walthallastr. 11-13
Täglich 8 Uhr
Internat. Ringkamp-
faktoren an der
Gr. Preis von Berlin
Romanoff, Killing
Ladonoff, An-
stasio Angio,
Kornblum, Ur-
banowski, andere
Meister haben
sich gemeldet
Außerdem das
Walthalla-
Programm!

Deulig-Palast
ALHAMBRA
68 KURFÜRSTENDAMM 68
Uraufführung
des Maxim-Großfilms der Deulig
S. O. S.
Die Insel der Tränen
Regie: Lothar Mendes
mit
Paul Wegener
Lya de Putti
Die Wunderdogge Brownie
auf Freiersfüßen.
Auf der Bühne:
Alwin Neuss.
Woch. 6.30 9.00 - Sonnt. 4.30 6.45 9.00

Großes Schauspielhaus
7 1/2: **Der Bettelstudent.**
Miliowitsch, Kammerling, Clowig,
Thellmann, Walkner, Dora, Brandt.
Dienstag, 20. Nov.: Erstaufführung:
Der Zigeunerbaron.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Die Sitzung der mittleren Ver-
waltung findet statt.
Die Oetoberverwaltung.
Or. freim. **Nachlassversteigerung**
Sonnabend, 17. Nov., vorm. 10 Uhr,
W. a. Schöneberg, Apothekenstr. 111.
W. H. Hauer, SW 68, Holmannstr. 21
Dönhofs 2210

Günstige wertbeständige
Kapital-Anlage
durch Kauf junger Aktien durch persönl.
Besuch bei West-eichholt Goldmann
& Co., Berlin SW 11, Wilhelmstr. 58.
Sant für unangeforderte Werte.

Marken-Zigaretten
Zigarren - Rauchfabrik
Batschari, Manoli, Roomtoma, Jasmatzi,
Constantin, Eckstein laufend am Lager.
Fritz Stein
Dunkerstr. 3.
Tel. Nr. 1. Reichshof 3183

Edmund
en gros **JUWELIER** en detail
Bodenheim
kauft zum Tageskurs
Schmucksachen jeder Art, Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Nürnberger Straße 69a
Ecke Kurfürstendamm
nahe Wiltbergplatz.

Spielwaren
Hauend billig nur Hochgenuss. 84,
Mars & Co. 10-6 Uhr.

Verkäufe
Qualitätsspielzeug aus erster Hand
feinstes Spielzeug, billige Fabrikablässe,
Schule, Spielzeug, 6. an der Köpen-
ickerstr.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Reichhaus Friedrichstraße 2 (Dollfus
Tor) verkauft elegante Herrenkleider,
Häute, Paletots, Sportpelze, Gehäute,
Rohstoffe, Seidenstoffe, Kremlische,
Grenadine, Blauschle, Wolle zu enorm
billigen Preisen. Keine Kommodore.

Reichhaus Brunnenstraße 2. Großer
Verkauf moderner Herrenkleider,
Paletots, Seidenstoffe, Seidenstoffe,
Sportpelze, Seidenstoffe, Seidenstoffe,
Kremlische, Grenadine, Wolle zu enorm
billigen Preisen. Keine Kommodore.
Bei Abholung mit Goldscheide 10 Prozent
Rabatt. Firma achten!

Teilhaltung für Herrenkleider
Damenkleider, Strickwaren, Seiden-
stoffe, Regenmäntel, Berliner Redu-
ktion, Oranienstraße 108.

Elegante Herrenkleider kaufte leber-
mann noch zu billigen Grundpreisen.
Anzüge, Paletots, Sportpelze, Gehäute,
Kremlische, Grenadine, Wolle zu enorm
billigen Preisen. Keine Kommodore.
Bei Abholung mit Goldscheide 10 Prozent
Rabatt. Firma achten!

Winterrüstel & Goldmark. Haut-
mäntel, Offenhautmäntel, Strickwaren.
Westfahl Altmann, Altmann, Kolen-
halsstraße 44, Dönhofsplatz, 8018
Robe-Neider, Gebroder, Christof
13 Goldmark, Seidenstoffe, Strickwaren
von Hausnummer 1111 direkt West-
fahl, Mergelstraße 2, Dönhofsplatz
Friedrichs.

Elegante Bekleidung, Pelzwaren,
Wolle, Häute, Opiumstoffe, Sport-
pelze, Wollschleier verkauft auffallend
billig Goldmann, Postfach 202, Ein-
gang Dresdenerstraße 130.

Geschäftsverkäufe
Bestand, Dönhofsplatz 68
Nachweis gültiger Geschäft. 8018

Möbel
Schlafstühle, eiche, weiß, verkauft
900 Goldmark, Alt-Glückliche, Reichshof-
straße 4. 9333
Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Musikinstrumente
Gitarre, Violoncello, Klavier, Mandoline,
auf Brunnenstraße 25
Kugel, Violine, Horn, Horn, Horn
Geigen, Violoncello, Mandoline, 10

Kaufgesuche
Fahrräder, Kauf, Dönhofsplatz 10.
Kaufgesuche, Kauf, Dönhofsplatz 10.
Kaufgesuche, Kauf, Dönhofsplatz 10.
Kaufgesuche, Kauf, Dönhofsplatz 10.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.

Wollstoffe, Chaiselongs & Gold-
mark an. Patrimoine, Wolle,
Anzüge, Riederhosen, Wolle,
Wollstoffe 100, Dönhofsplatz.